

GEKOMMEN, UM ZU STÖREN!

A black silhouette of a hand holding a white plate. The hand is on the left, and the plate is on the right. The plate is empty and has some faint, illegible text on it.

Nazis stoppen, fundamentalistische
Abtreibungsgegner*innen

abservieren ...



EINLEITUNG

Liebe Antifaschistinnen und Antifaschisten,
liebe Gegendemonstrantinnen und Demonstranten,
liebe Störerinnen und Störer,

in eurer Hand haltet ihr ein Zeitungsprojekt, das wir anlässlich des Naziaufmarsches und des 1000-Kreuze Marsches 2012 in Münster erarbeitet haben. Ziel soll es sein, etwas mehr, als lediglich „Nazis raus“ oder „Mein Körper gehört mir“ zu thematisieren, denn weder Nazis, noch fundamentalistische Christ*innen fallen mit ihren menschenverachtenden Positionen einfach vom Himmel.

Wenn wir über Nazis reden, müssen wir auch über Rassismus sprechen, sowohl über staatlich institutionalisierten, als auch über den individuellen, den wir alle gelernt und verinnerlicht haben und immer wieder auch nach außen tragen. Wenn über mittelalterlich wirkende fundamentalistische Aufmärsche geredet wird, darf über Sexismus nicht geschwiegen werden. Und wo wir schon feststellten, dass die fundamentalistischen Christ*innen und Nazis nicht vom Himmel fallen, müssen wir auch beim Thema Kapitalismus sowie den rechtsterroristischen Verwicklungen des Staates und seiner Geheimdienste deutliche Worte finden.

Deswegen wollen wir verschiedenen antifaschistischen, antirassistischen und antisexistischen Gruppen mit dieser Zeitung ein Forum bieten, um über ihre Arbeit zu berichten, Hintergrundinfos zu liefern und weitere inhaltliche Auseinandersetzungen anzustoßen. Für die einzelnen Texte sind die jeweiligen Gruppen selbst verantwortlich – gemeinsam ist allen die Unversöhnlichkeit mit den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen. Wir hoffen es ist uns gelungen die spannende und passende Lektüre zu liefern, die ihr lesen könnt, während ihr die beiden Aufmärsche durch eure vielfältigen Widerstandsaktionen stört. Wir wünschen euch erfolgreiche

Aktionen am 03. und am 10. März und darüber hinaus in der kontinuierlichen politischen Arbeit gegen menschenverachtende Positionen und deren konkreten alltäglichen Ausdrucksformen.

Wir stören gerne!

Mit solidarischen Grüßen
DIE REDAKTION

Impressum:

Unterstützt vom AStA Uni Münster und AStA der FH Münster.

Herausgeber*innenkreis

„Wir stören gerne“
Reihe Antifaschistische Politik [RAP]
edition assemblage

Postfach 27 46 | D-48014 Münster
antifa@edition-assemblage.de
www.edition-assemblage.de

INHALTSVERZEICHNIS

- 1 **Einleitung**
- 3 **Aufruf: 365 / 24 / 7**
*Nazis stoppen, Abtreibungsgegner*innen abservieren, den kapitalistischen Verhältnissen den Kampf ansagen!*
- 8 **NSU: Nazis morden, der Staat mischt mit**
- 10 **Gegen die Unmenschlichkeit**
- 11 **Fundamentalistische Christ_innen und aggressive Abtreibungsgegner_innen abservieren**
1000 Kreuze stolpern lassen
- 13 **Gruppenbild mit Damen und frischen Wunden**
Ein Abriss über Burschenschaften und deren Konstruktion von Geschlecht und Männlichkeit
- 15 **Die kapitalakkumulierende Gesellschaft und ihre eigentümliche Natürlichkeit**
Plädoyer für eine progressive Kapitalismuskritik
- 18 **Für ein Bleiberecht der Roma kämpfen**
- 19 **Antiziganismus – was ist das denn?**
- 20 **Antimuslimischer Rassismus**
- 22 **Die sowjetische Variante des Marxismus**
Versuch einer Kritik
- 26 **Zuviel Ärger – zu wenig Wut!**
Zwei Schritte vor und drei zurück – das Scheitern städtischer Privatisierung als Konfliktregulationsmodell
- 28 **Adressen & Termine**

NAZIS STOPPEN, ABTREIBUNGSGEGNER*INNEN ABSERVIEREN, DEN KAPITALISTISCHEN VERHÄLTNISSEN DEN KAMPF ANSAGEN!

Am 03.03.2012 wollen Nazis erstmals seit langer Zeit wieder versuchen ihre menschenverachtende Ideologie in Münster auf die Straße zu tragen. Zudem soll eine Woche später, am 10.03. ein weiterer Aufmarsch christlich-fundamentalistischer Abtreibungsgegner*innen stattfinden. Warum wir nicht nur die anstehenden Aufmärsche blockieren werden, sondern auch die positive Aufhebung der bestehenden Verhältnisse anstreben, wollen wir im Folgenden grob skizzieren. Für uns liegt das Problem nämlich nicht nur darin, dass Nazis und Abtreibungsgegner*innen in Münster marschieren. Uns geht es um die Aufhebung der gesamtgesellschaftlichen Verhältnisse, die aus sich heraus immer wieder jenen Ideologien Vorschub leisten, welche die Nazis und Abtreibungsgegner*innen ausmachen. Dabei erklären wir uns solidarisch mit den Opfern von nazistischer Gewalt und mit den von alltäglichem Rassismus, Antisemitismus und Sexismus Betroffenen.

Naziaufmarsch

Anders als beim letzten Aufmarsch 2006 gibt es in Münster mittlerweile eine Gruppe parteiunabhängig organisierter Nazis. Die „Nationalen Sozialisten Münster“ sind sowohl innerhalb der Naziszene als auch im münsteraner Stadtbild als unbedeutend anzusehen. Es steht deshalb zu vermuten, dass der geplante Aufmarsch größtenteils aus dem östlichen Ruhrgebiet und Münsterland organisiert wird. Mit der geplanten Demonstration wollen sich die münsteraner Nazis nun als ernst-

zunehmende Akteur*innen etablieren und sich von ihrer eigenen Stärke überzeugen – das werden wir ihnen nicht ermöglichen.

In ihren Texten wird ihre Verwurzelung im historischen Nationalsozialismus deutlich. Sie verstehen sich als antikapitalistisch und docken an aktuelle Krisenerscheinungen an. Das Hauptproblem der Ökonomie meinen sie im Zins ausgemacht zu haben, der ihrer Ansicht nach eine „Wirtschaftsbremse“ darstellt. Von ihnen nicht näher definierte „Mächtige“ würden Regierungen und Medien kontrollieren und hielten so die „Zinsknechtschaft“ aufrecht. Schnell wird klar, wer für sie hinter den Mächtigen, die wahlweise auch als „Bankiers“, „Spekulanten und Manager“ verklausuliert werden, steckt: eine herbeiphantasierte jüdische Weltverschwörung. Diese hätte nach klassischen antisemitischen Vorstellungen nichts besseres im Sinn, als zu zersetzen und zu raffen.

Dem halten sie die wahnhaftige Idee der „Volksgemeinschaft“ entgegen. Als Mitglieder dieser „Volksgemeinschaft“, die für die „biologische Existenz des Volkes“ zu sorgen haben, kommen indes nur „Deutsche“ im Sinne einer rassistischen Definition über Blut und Kultur in Frage. Dabei müssen die Individuen dem Kollektiv untergeordnet werden, der*die Einzelne ist bedeutungslos – nur die eingeschworene „deutsche Gemeinschaft“ zählt. Der Verwirklichung einer „Volksgemeinschaft“ stehen für sie Juden und Jüdinnen sowie Roma, Sinti und Ashkali im Weg, denen jeweils als Gruppe – im Unterschied zu rassistisch kon-

struierten „Ausländer*innen“ – kein „Herkunftsland“ zugeschrieben wird. Anders als den von Rassismus Betroffenen droht ihnen die Vernichtung. Zudem sehen die Nazis die Verwirklichung einer „Volksgemeinschaft“ durch ein Aussterben des „deutschen Volkes“ gefährdet, was sie durch den Verlust traditioneller Familienbilder erklären. In ihrem reaktionären Geschlechtermodell liegen die Aufgaben der Frauen vor allem im Kinder gebären und großziehen, sowie in der dienenden Unterstützung des Mannes. Homosexuelle haben in diesem Bild für sie folgerichtig keine Daseinsberechtigung.

Auch wenn die „NaSoMS“ lokal wie überregional unwichtig und eher Flachpfeifen sind, so bleiben die von ihnen vertretenen Ideologien mörderisch und sie gefährden als deren Träger*innen tatkräftig die Unversehrtheit aller, die nicht in ihr wahnhaftes Bild der Welt passen. Auch wenn sie zahlenmäßig nicht sonderlich stark sind, so sind sie diejenigen, die aktiv nationalsozialistisches Gedankengut bewahren und aktualisieren. Die Nazis dienen den Deutschen auch immer dazu, sich selbst zu vergewissern, dass die eigene Vergangenheit aufgearbeitet wurde und damit als Legitimation eines neuen deutschen Nationalismus nach 1945.

1000 Kreuze Marsch

Neben dem Naziaufmarsch wird auch in diesem Jahr die christlich-fundamentalistische Organisation „EuroProLife“ einen sogenannten „1000 Kreuze Marsch für das Leben“

durch Münster organisieren. Selbst wenn sie im Vergleich zu den Nazis harmloser daher kommen und zumindest in Deutschland keine direkte Gefahr für die körperliche Unversehrtheit darstellen, haben die üblicherweise Mitte März aufziehenden Abtreibungsgegner*innen ein ähnlich reaktionäres und antiemanzipatorisches Weltbild. Als verbindendes Element weisen sie völkisches Gedankengut auf – Europa wird von ihnen „mit seiner sehr niedrigen Geburtenrate“ als „sterbender Kontinent“ angesehen, wohingegen Migrant*innen immer mehr würden. Dies hat nicht zufällig Ähnlichkeiten mit der nazistischen Rhetorik von „Überfremdung“ und „Volkstod“. Den Zugriff auf den Körper von Menschen, die sich zum Schwangerschaftsabbruch entschieden haben, legitimieren sie zum einen mit dem „Aussterben“ dieses Kontinents und zum anderen, indem sie Föten den Status eines Menschen einräumen. Sie sehnen somit ein Zwangskollektiv herbei, in dem die Entscheidungsgewalt über den eigenen Körper den Einzelnen entrissen wird.

Die Vorstellung, dass die Gesellschaft ein Zugriffsrecht gerade auf den ›weiblichen‹ Körper habe, zeigt ihre Verankerung in klassischen sexistischen Ideologien. Folgerichtig wird von den Fundamentalist*innen als Hauptgegner der Feminismus ausgemacht, der Frauen von ihrer „natürlichen Rolle“ als Mütter entfremdet hätte. Einzig legitime Beziehungsform soll die bürgerliche Kleinfamilie sein, homosexuelle Beziehungen gelten als „widernatürlich“. Praktisch bedrängen Aktivist*innen der selbsternannten „Lebensschützer“ regelmäßig Menschen vor Kliniken, in denen Abbrüche durchgeführt werden. Ähnlich wie Nazis relativieren sie mit ihrem Gerede vom „Babycaust“ die Shoah, Schwangerschaftsabbrüche sind für sie schlimmer als die industrielle Vernichtung von über sechs Millionen Jüdinnen

und Juden zur Zeit des Nationalsozialismus. Sie verunglimpfen Frauen, die sich für einen Abbruch entschieden haben, in dem sie diese mit SS-Wachmannschaften gleichsetzen.

Ihre Vorstellungen von einer nach Geschlecht sortierten Gesellschaft richten sich gegen die Selbstbestimmung aller Menschen, insbesondere jedoch derer, die für sie dauergebärende Frauen zu sein haben. Die inhaltliche Nähe zu rechtsradikalen Weltanschauungen belegt dabei auch das in Münster wiederholte Mitlaufen bekannter Nazis auf den „Gebetszügen“ von „EuroProLife“.

kapitalistische Verhältnisse

Nicht nur bei Abtreibungsgegner*innen und Nazis, auch im Rest der deutschen Gesellschaft sind völkischer Nationalismus, Antisemitismus, Rassismus, Antiziganismus, Sexismus und weitere Ideologien vertreten. Wären diese Ideologien ›Randphänomene‹, wäre es unerklärlich, wie die statistischen Ergebnisse der Heitmeyerstudie zu ›Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit‹ zu Stande kommen.

Es hat für die Verbreitung von Ideologien eine besondere Bedeutung, dass die Wirtschaftsweise eine kapitalistische ist. Die in der Konkurrenz vereinzelt Menschen stehen den ihr Leben bestimmenden abstrakten Zwängen ohnmächtig gegenüber. Ideologien sind mit der kapitalistischen Produktionsweise untrennbar verbunden. Analog zu Verklärung des Produktionsverhältnisses zum Naturgesetz, werden dem Menschen „natürliche Wesenseigenschaften“ zugeschrieben. Beispielsweise dienen Personalisierungen, bei denen einzelnen Menschengruppen die Verantwortlichkeit für Krisen, schlechte Löhne etc. zugeschoben wird – klassischerweise sind dies (strukturell) antisemitische Phantasmen – als Erklärungsweise für die überkomplex wahrgenommenen Verhältnisse. Auch Ideologien, welche die materiellen Ungleichheiten ganzer

Menschengruppen z.B. an Eigentum, Rechten oder Bildungschancen als in deren „Natur“ liegende Eigenschaften rationalisieren, reproduzieren sich beständig – in diesem Kontext sind Rassismus und Sexismus wirksam. Sie geben zusätzlich den Eindruck, dass selbst bei rapiden gesellschaftlichen Veränderungen und in Krisen zumindest noch eine „Natur des Menschen“ gelte, an die man sich klammern kann. Weiter werden als Reflex auf die höchst unsichere eigene Stellung erdachte Gruppen und Kollektive wie „Volk“, „Nation“ und „Rasse“ attraktiv. Hier werden Menschen gewaltsam zusammengefasst, die erst einmal nichts miteinander zu tun haben. Das Kollektiv garantiert Sicherheit und Selbstwert, durch Aufwertung der eigenen Gruppe und Abwertung der „Anderen“. Zudem müssen manche eigene Bedürfnisse und Sehnsüchte unterdrückt werden, um in der Konkurrenz bestehen zu können. Beispielsweise möchte niemand sich ständig dazu anhalten müssen, fleißig und sittsam zu sein. Daher werden diese Bedürfnisse von der eigenen Person abgespalten und als Wesenseigenschaft in die „Anderen“ gelegt.

Das Unterdrückte kann so an den „Anderen“ abreagiert werden – das reicht vom bösen Blick auf der Straße, über handgreifliche Auseinandersetzungen, bis zur kollektiven Vernichtung. Dies wendet sich als Drohung auch immer gegen die Einzelnen im eigenen Kollektiv, angepasst zu bleiben. Hier wird deutlich, dass der kapitalistischen Gesellschaft auch immer ihre negative Überwindung als dauerpräsen- te Gefahr innewohnt. Als mörderische Option zu Gunsten von „Volk“ und „Nation“, wie sie der Nationalsozialismus historisch in Deutschland versucht hat.

is nich drin!

Für uns ist es nicht hinnehmbar, dass Nazis und christlich-fundamenta-

listische Abtreibungsgegner*innen im März für ihre völkischen, rassistischen, antisemitischen und sexistischen Vorstellungen von Gesellschaft werben und eine Überwindung der bürgerlichen Gesellschaft hin zu menschenverachtenden Zwangskollektiven propagieren. Darum fordern wir sämtliche an Emanzipation und Freiheit orientierten Menschen dazu auf, ihnen nicht zu ermöglichen, im März über Münsters Straßen zu ziehen. Jedoch reicht es nicht die beiden Aufmärsche zu blockieren, um ein menschenwürdiges und angstfreies Leben für alle Menschen zu garantieren. Auch wenn wir uns bewusst sind, dass die in diesem Aufruf angerissenen Thesen zu Gunsten einer kritischen Theorie der Gesellschaft vertieft und ausformuliert werden müssen, so hoffen wir gezeigt

zu haben, warum es gilt, die Kritik auch bei der Produktionsweise anzusetzen, die aus sich heraus dazu führt, dass die Menschen erniedrigte, geknechtete, verlassene, verächtliche Wesen bleiben und immer wieder anfällig für Ideologien der Ungleichheit und der Vernichtung sind. Die Abschaffung des Kapitalismus ist dabei eine Notwendigkeit, die allein jedoch nicht ausreicht, um Ideologien zu beseitigen. Vielmehr müssen diese ebenfalls schon jetzt bekämpft werden, um jemals zu einer besseren Gesellschaft kommen zu können. Das Ziel beider Bestrebung kann nur die Auflösung Deutschlands und der Übergang zur freien Assoziation der Individuen in einer klassen- und staatenlosen Weltgesellschaft sein, in der die Produktionsweise den Bedürfnissen der Menschen und nicht der

end- und ziellosen Akkumulation von immer mehr Kapital dient, ohne dabei der Errungenschaften der Moderne zu entbehren.

2.3.: Keine Homezone für Nazis. Antifaschistische Vorabenddemo in Hamm
3.3.: Naziaufmarsch in Münster stoppen

10.03.: Aufmarsch von fundamentalistischen Abtreibungsgegner*innen abservieren

Für die befreite Gesellschaft!

DIE UNTERZEICHNENDEN GRUPPEN

Gekürzte Version. Lange Fassung des Aufrufs findet ihr unter: 365.blogsport.de

NSU: NAZIS MORDEN, DER STAAT MISCHT MIT

13 Jahre lang verübten Beate Zschäpe, Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt nach derzeitigem Kenntnisstand als „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) mindestens 10 Morde, mehrere Sprengstoffanschläge auf Wohnhäuser sowie diverse Banküberfälle. Am 04.11.2011 wurden Böhnhardt und Mundlos tot aufgefunden, Zschäpe stellte sich wenige Tage darauf der Polizei. Diese nüchterne Bilanz kann das ganze Ausmaß des tatsächlich ausgeübten Terrors nicht mal annähernd darstellen. Weder für die konkreten Opfer und deren soziales Umfeld, noch für die Millionen potentiell Betroffenen, denen die Morde galten. Laut einer repräsentativen Umfrage glauben 40% der Menschen, die mit „türkischem Migrationshintergrund“ markiert wurden, dass sie selbst oder Bekannte Opfer von Neonazimorden werden könnten.

Der Tod der beiden Männer und die Verhaftung von Zschäpe sind kein Anlass mit der Aufarbeitung des NSU abzuschließen. Ganz im Gegenteil: Viel zu viele Fragen sind bisher unbeantwortet oder noch gar nicht gestellt worden. Die eigentliche Auseinandersetzung mit der Frage, wie sich eine derartige Gruppierung unbehelligt über Jahre hinweg durch die Republik morden konnte, fängt jetzt erst an. Besonders undurchsichtig, verworren und vor allem fragwürdig scheint bei dem ganzen Geschehen die Rolle des Staates – sowohl vor der Enttarnung des NSU, als auch hinterher.

Staatliches Handeln im Kontext des NSU

Bevor Zschäpe, Mundlos und Böhnhardt als NSU aktiv wurden, waren sie Mitglieder des sogenannten Thüringer Heimatschutzes (THS). Dieses Neonazinetzwerk galt Mitte der 90er Jahre als eines der bestorganisiertesten Netzwerke Deutschlands und als beispielgebend für parteiungebundene Freie Kameradschaften. Allerdings galt es auch als eines der Netzwerke, die am meisten durch den Verfassungsschutz (VS) überwacht wurden. Herausstechend ist hierbei vor allem Tino Brandt, der als Gründer

und Kameradschaftsführer des THS fungierte und jahrelang als V-Mann für den Geheimdienst arbeitete. Nach eigenen Angaben hat er die dabei „verdienten“ 200.000 DM zur Finanzierung eben jener Nazistrukturen eingesetzt. In dieser Zeit wurden gegen die späteren NSU-Mitglieder bereits Ermittlungsverfahren unter anderem wegen Sprengstoffdelikten geführt, in deren Zusammenhang die drei abtauchten und ihre Pläne von einer neonazistischen Terrorgruppe in die Tat umsetzen konnten.

Vor dem 04. November letzten Jahres und der damit einhergehenden schnellen Zuordnung der Täter*innenschaft wurde ein rassistischer Hintergrund der Morde seitens der Polizei nicht mal in Erwägung gezogen. Im Gegenteil wurde in rassistischer Manier – von den Medien unhinterfragt - die Sonderkommission „Bosporus“ und die Mordserie als „Döner-Morde“ benannt. Letztere Bezeichnung setzt offensichtlich die Opfer mit einem

ethnisierten Fast-Food-Gericht gleich und legt damit nahe, dass gar keine Menschen ermordet wurden. Die Opfer wurden so ihrer Individualität beraubt und durch die Gleichsetzung mit anonymem Dönerfleisch abgewertet. Übrigens waren lediglich 3 der 10 Toten in der Gastronomie tätig. Ermittelt wurde vermeintlich in alle Richtungen – entweder sei es die „türkische Mafia“ gewesen, oder die Opfer wären in Rauschgiftsmuggel involviert – oder am besten gleich beides. Angehörige von Mehmet Kubasik aus Dortmund wurden durch die Polizei sogar zum Drogentest bestellt, um die aufgeworfene These der organisierten Kriminalität zu bestätigen. Durch ihr Vorgehen behandelte die Polizei einerseits die Angehörigen aller Opfer mit einer rassistischen Ignoranz und schürte andererseits gesellschaftlichen Rassismus, indem sie die Opfer selbst in eine kriminelle Ecke stellte. Angesichts dieser Herangehensweise der Polizei lässt sich durchaus vermuten, dass sie nicht nur blind war für andere Motive, sondern diese aktiv ausblendete. Dadurch, dass die Opfer in eine kriminelle Ecke geschoben wurden, wurde gleichzeitig versucht zu vermitteln, dass ihr Tod weniger schlimm und sie selbst auch Schuld an diesem seien könnten. Außerdem erhalten so eben jene *weißen* deutschen Täter*innen Legitimität für ihr menschenverachtendes Handeln.

Der derzeitige Kenntnisstand lässt allerdings noch Schlimmeres vermuten. Nach bisherigen Medienberichten und Zugeständnissen waren staatliche Organe in vielfacher Weise in die Tätigkeiten und Strukturen des NSU verweben. Ein paar Erkenntnisse sollen dies verdeutlichen:

- Im Jahr 2000 wollten Fahnder nach einer Observation ein Zwickauer Haus stürmen, in dem sich der NSU aufhielt, was das Thüringische Innenministerium kurz vor dem Zugriff verhinderte.

- Zwischen 2000 und 2006 gibt es mehrere Aktennotizen, in denen das Thüringer Innenministerium die geplanten Festnahmen von Zschäpe, Mundlos und Böhnhardt verhinderten.
- Bei mindestens einem Mord befand sich ein V-Mann am Tatort. Dieser meldete sich erst nach einer Woche des Untertauchens als Zeuge.
- Beate Zschäpe konnte sich am 03.10.2008 unter den Augen von hunderten Polizist*innen ungehindert auf einem Naziaufmarsch im sächsischen Geithain bewegen und sogar 2007 als Zeugin unter falschem Namen bei der Zwickauer Polizei aussagen, ohne festgenommen zu werden.
- Bei der Beschaffung sogenannter „legal-illegaler“ Pässe mischte der thüringische VS mit, indem er über V-Leute 2000 DM in Richtung NSU leitete. Die erhofften Erkenntnisse wurden nicht gewonnen, da der VS es unterlassen hatte die zuständigen Behörden zu informieren.

Die Liste ließe sich erweitern. Doch das soll an dieser Stelle reichen, um deutlich zu machen, dass der Staat mehrfach die Möglichkeit hatte, die Nazis festzunehmen und damit die Morde an 10 Menschen zu verhindern. Auch nach der Aufdeckung des NSU hinterlassen die Reaktionen von offizieller Seite Sprachlosigkeit bei uns. Reflexartig wird wieder mal eine neue Qualität rechter Gewalt ausgemacht. Vergessen scheinen offensichtlich die Pogrome Anfang der 90er Jahre in Deutschland, die über 150 Toten durch neonazistische Gewalt seit der Wende oder gar die 70 Morde in Norwegen im Sommer 2011.

Statt einer Auflösung des VS wird sogar eine Stärkung und Ausweitung dessen gefordert und bereits an der Umsetzung gearbeitet. Als wäre der VS lediglich zu schlecht ausgestattet und nicht tief in die Mordserie verstrickt. Die Opfer des NSU werden hierdurch

„Redet! Es sollen keine Ramazans mehr sterben. Wir bleiben hier, das ist unsere Heimat.“

Frau Avcı im Gespräch mit Mely Kiyak, FR 16.11.2011.

Ihr Mann Ramazan Avcı starb am 24. Dezember 1985 nach einer Hetzjagd rechter Skinheads in Hamburg-Hohenfelde.

Enver Simsek

ermordet am 09.09.2000 in Nürnberg

Abdurrahim Özüdogru

ermordet am 13.06.2001 in Nürnberg

Süleyman Tasköprü

ermordet am 27.06.2001 in Hamburg

Habil Kiliç

ermordet am 29.08.2001 in München

Mehmet Turgut

ermordet am 25.02.2004 in Rostock

Ismail Yasar

ermordet am 09.06.2005 in Nürnberg

Theodorus Boulgarides

ermordet am 15.06.2005 in München

Mehmet Kubasik

ermordet am 04.04.2006 in Dortmund

Halit Yozgat

ermordet am 06.04.2006 in Kassel

Michèle Kiesewetter

ermordet am 25.04.2007 in Heilbronn

Dies sind die zehn bislang bekannten Todesopfer des NSU. Die Amadeu-Antonio-Stiftung zählt seit 1990 182 Todesopfer durch rechte Gewalt.

Anzeige



Anzeige



weiterhin instrumentalisiert, um den Ruf nach mehr Überwachung, Ausbau von Geheimdiensten und sogar der Vorratsdatenspeicherung wieder laut werden zu lassen. Als ob diese Instrumente irgendetwas verhindert hätten. Nicht fehlende Informationen über die Nazis waren das Problem, sondern vielfältige politische Fehlentscheidungen.

Auch die erneute Debatte über ein NPD-Verbot wirkt scheinheilig und ist eher Ausdruck von blindem Aktivismus, als ein durchdachtes Agieren gegen Rechts. Auch wenn die genaue Verstrickung von NPD'ern und dem NSU noch aufzuklären sein wird, bleibt festzustellen, dass die drei auch ohne NPD agiert haben. Die Partei übrigens, die maßgeblich vom VS am Laufen gehalten wird. Arbeitet doch jede siebte Funktionsperson für den Geheimdienst.

Eine ernstzunehmende Auseinandersetzung würde fragen, welche Funktionen staatliche Organisationen in dem gesellschaftlich verankerten Rassismus erfüllen. Es gibt vielfältige Formen institutionalisierten Rassismus, wie rassistische Sondergesetzgebung, Abschiebung und tödliche Flüchtlingsabwehr.

Und wie reagieren wir?

Leider ist auch in der breiten Gesellschaft kaum eine Reaktion erkennbar. Ansätze von Bestürzung fanden lediglich medial statt, vereinzelte kleine Demonstrationen und Kundgebungen, die sich mit den Opfern und ihren

Angehörigen solidarisch zeigten, erhalten kaum Zulauf und Unterstützung. Sicherlich wird es dadurch begünstigt, dass der ganze Themenkomplex schwer erfassbar und die Rolle der Geheimdienste und Ermittlungsbehörden undurchsichtig ist. Das beständige Kleinreden der Naziszene oder rassistischer Denkstrukturen in der Mehrheitsgesellschaft scheint das, was nicht sein darf, in den Köpfen als Möglichkeit pauschal auszuschließen: Sowohl die Möglichkeit, dass Polizisten Oury Jalloh in seiner Zelle getötet haben, als auch, dass organisierte Nazis sich durch die Republik morden, als auch, dass der Verfassungsschutz Nazistrukturen aufbaut und aufrecht erhält. An diesem Punkt haben die Bevölkerung und die Medien versagt, weil sie zu keinem Zeitpunkt die öffentliche Darstellung der Morde hinterfragt, sondern sich bequem auf das Erklärungsmodell „organisierte Kriminalität“ eingelassen haben. Eine weiße Mehrheitsgesellschaft kann sich so einer Auseinandersetzung mit ihren eigenen Rassismen und Privilegien entziehen. Durch das ignorante Ausbleiben gesellschaftskritischer Auseinandersetzungen nach Aufdeckung der NSU-Taten verschafft die Mehrheitsgesellschaft diesen rassistischen Taten eine enorme Akzeptanz.

Was bleibt?

Die Ermordeten kann niemand wieder lebendig machen. Dennoch, oder gerade deswegen, stellt sich die Frage, welche Schlüsse aus dem Geschehen gezogen werden sollten. Seitens des Staates wäre das Mindeste eine Aufklärung über die Verstrickungen des VS und dessen folgerichtige Abschaffung. Geheimdienste sind demokratiefeindlich und dienen ganz offensichtlich nicht zur Verhinderung von Morden, sondern tragen im schlimmsten Fall sogar zu ihnen bei.

Doch nicht nur der Staat ist gefordert, sondern auch seitens der Bevölkerung ist ein Umdenken notwendig. Wie kann es sein, dass die Angehörigen der NSU-Opfer weiterhin fast allein demonstrieren und kaum Solidarität erfahren? Wenn es um die Bekämpfung von Rassismus geht, sind wir alle gefragt. Sich auf den Staat zu verlassen ist feige, ignorant und gefährlich. Auf ihn ist kein Verlass, wenn es gegen Nazis geht. Im Gegenteil, statt gegen diese, geht er immer wieder gegen antifaschistische Initiativen vor. Deswegen ist es die Aufgabe der sogenannten Zivilgesellschaft gegen Nazis aktiv zu werden und deswegen sollte antirassistisches und antifaschistisches Engagement auch immer selbst- und staatskritisch sein.

ANTIFASCHISTISCHES ARCHIV
MÜNSTERLAND + EMANZIPATORISCHE
ANTIFA MÜNSTER

Kontakt EAM: eams.blogspot.eu,
muenster@riseup.net

Reihe Antifaschistische Politik [RAP]

Die Reihe Antifaschistische Politik (RAP) der edition assemblage besteht aus den Bereichen Studien zur extremen Rechten und antifaschistische Praxen. Es werden ausschließlich Expert*innen zu Wort kommen, die nicht jenseits der (Deutungs-)Kämpfe stehen, sondern aus antifaschistischer Perspektive Entwicklungen der Rechten unter die Lupe nehmen oder die eigene Politik reflektieren. Die Reihe Antifaschistische Politik richtet sich an ein aktivistisches und wissenschaftliches Publikum. Sie wird neben Büchern auch Broschüren umfassen. Ziel der Reihe ist es, diskursiv in aktuelle Entwicklungen der extremen Rechten einzugreifen und antifaschistische Praxen solidarisch publizistisch zu begleiten.

In den Studien zur extremen Rechten werden Texte veröffentlicht, die – jenseits wissenschaftlicher Selbstzensur – einführende Einblicke geben über historische und aktuelle extrem rechte Formationen, Strukturen, Diskurse und Entwicklungen. Die Studien umfassen drei Unterbereiche: Einführungen, Entwicklungen und Interventionen.

1. Einführungen

Wissenschaft ist immer politisch. In diesem Sinne sollen Analysen fruchtbar gemacht werden für antifaschistische Politiken. Unter Einführungen finden sich einleitende Texte zur extremen Rechten, zu deren Strukturen und Ideologien, wie auch Darstellungen von und Auseinandersetzungen mit Faschismustheorien. Extrem rechte Formationen standen nie jenseits gesamtgesellschaftlicher Bedingungen. Deshalb werden auch angrenzende Felder wie Rassismus, Geschlechterverhältnisse, Antisemitismus, Leistungsideologie etc. im Hinblick auf die extreme Rechte behandelt. Es geht also nicht um Extremismuskonstruktionen, sondern darum, die extreme Rechte in ihrer gesellschaftlichen Einbettung zu untersuchen.

2. Entwicklungen

Es soll nicht eine „abschließende Wahrheit“ erarbeitet werden, auch weil die extreme Rechte kein statisches Gebilde ist. Aktuelle Entwicklungen, Dynamiken, Veränderungen in Konzepten und Strategien der extremen Rechten werden ebenso Thema sein.

3. Interventionen

Anschläge in Norwegen, eine Israelreise von erklärten Antisemit*innen, rechte Mordserien, Extremismusprogramme der Bundesregierung – manchmal muss auch publizistisch schnell interveniert werden. Unter Interventionen werden thematisch gebundene, aktuelle Ereignisse zeitnah aufgearbeitet.

In Antifaschistische Praxen soll es nicht darum gehen, antifaschistisches Handeln anzuleiten. Vielmehr wird die produktive Vielfalt politischer Interventionen, Theorien, Praxen ihren Platz finden und Raum sein, Debatten, Aktionen, Strategien zu reflektieren.

4. Reflexionen

Antifaschismus ist für uns kein Untersuchungsfeld, sondern eine konkrete Handlungsebene. Es wird nicht über Antifaschismus geschrieben, sondern aus dem Antifaschismus heraus. Neben Darstellungen differenter Praxen und Zugänge geht es hier um Kontroversen, um Debatten, um die Reflexion von Kampagnen, um Organisationsformen, darum, (internationalem) antifaschistischem Wissen um die eigenen Strategien ein (weiteres) Forum zu eröffnen. Immer unter der Prämisse, die Verschiedenheit antifaschistischer Praxis als Stärke zu begreifen.

5. Rückblicke

Und auch Studien und Berichte zum historischen Antifaschismus sollen sich in der Reihe Antifaschistische Politik wieder finden. Welche Formen der Organisation gab es in der Vergangenheit, etwa in den 1920er bis 1940er Jahren? Welche Debatten wurden geführt? Was können wir aus diesen Kämpfen lernen?



Staatlich geprüfter Terror

Interventionen gegen rassistische Anschläge, Staatsapparate und braune Netzwerke Reihe Antifaschistische Politik [RAP], Band 2 Broschur, ca. 128 Seiten, ca. 9,80 Euro Ausgabe 1 - ISBN 978-3-942885-21-8 Reihen Abo: ISBN 978-3-942885-23-2 demnächst in der edition assemblage

Bernhard Schmid DISTANZIEREN, LEUGNEN, DROHEN

Die europäische extreme Rechte nach Oslo Reihe Antifaschistische Politik [RAP], Band 1 ISBN 978-3-942885-09-6 128 Seiten, 12,80 Euro | edition assemblage

Hendrik Puls Antikapitalismus von rechts?

Wirtschafts- und sozialpolitische Positionen der NPD Reihe Antifaschistische Politik [RAP], Band 3 ca. 160 Seiten, ca. 19,80 Euro ISBN 978-3-942885-04-1 | edition assemblage

Peter Nowak Kurze Geschichte der Antisemitismusdebatte in der deutschen Linken

ca. 96 Seiten, 9,80 Euro Reihe Antifaschistische Politik (RAP), Band 4 Reflexionen, Band 4 ISBN 978-3-942885-16-4

GEGEN DIE UNMENSCHLICHKEIT

Heute wollen Nazis in Münster marschieren. Zu diesem Aufmarsch laden unter anderem die Münsteraner „Nasoms“ (Nationale Sozialisten Münster) ein. Ihr Name hat einen direkten Bezug zum Nationalsozialismus. Damit stellen sie sich schamlos in die Tradition der NS-Ideologie. Mit einer völkisch-rassistischen Weltanschauung wird anderen Menschen das Recht auf Leben abgesprochen. Die Verbrechen Deutschlands vor und während des Zweiten Weltkriegs werden nicht mal mehr gelehrt, es wird sich sogar positiv darauf bezogen und aus Nazi-Tätern werden je nach Bedarf Opfer oder Helden gemacht.

So stellt der Volkstrauertag für diese Nazi-Szene ein wichtiges Ereignis dar. An diesem Tag gedenken die Nazis der Wehrmachtssoldaten, die angeblich heldenhaft für eine gute Sache gestorben seien. Dieser Heldenmythos ist inhaltlich völlig inakzeptabel. Der Volkstrauertag wurde nach den von Deutschland verursachten Weltkriegen insbesondere als Gedenktag für die Opfer der Gewaltherrschaft aller Nationen wieder eingeführt. Doch rechte Akteure von Studentenverbindungen, schlagenden Burschenschaften, Bundeswehr und Politik missbrauchen den Volkstrauertag zum „Heldengedenken“ und einem einhergehenden Geschichtsrevisionismus. Antifaschistische Initiativen und Organisationen versuchen jährlich diese Veranstaltungen zu stören, denn für uns steht fest:

Deutsche Täter sind keine Opfer!

An vielen Orten stehen Denkmäler, die „unsere gefallenen Helden aus beiden Weltkriegen“ ehren. Dies zeigt, dass auch weite Teile der Gesellschaft einem Heldenmythos verfallen sind.

Dem damaligen Bundeskanzler Willy Brandt wird das Zitat „Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen“ zugeschrieben. Festzustellen ist aber, dass sehr wohl von deutschem Boden Krieg geführt wird und dass deutsche

Waffen in der gesamten Welt morden - sei das nun in Form von Export von Panzern, Munition oder ähnlichem aus rein wirtschaftlichen Interessen oder aktiv durch „humanitäre Interventionen“ seitens der Bundeswehr in anderen Ländern als Verschleierung einer Kriegsführung.

Die Geschichte sollte deutlich gezeigt haben, dass Krieg immer ein Verbrechen ist. Somit haben wir alle eine Verantwortung gegenüber dem Frieden und der Völkerverständigung, denn als Deutschland 1945 in Trümmern lag, war die Losung nicht umsonst:

Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!

Deswegen ist der 8. Mai auch ein besonderer Tag des Gedenkens. Wir, von der VVN-BdA Münster, begehen dieses Jahr zum 12. Mal in Folge mit anderen antifaschistischen Menschen diesen Gedenktag. Wir begehen diesen Tag mit einer Gedenkveranstaltung am Münsteraner Zwinger an der Promenade. Der 8. Mai ist im Gegensatz zur Meinung einiger Menschen keine Niederlage, sondern die Befreiung vom Faschismus, welche gefeiert und nicht bedauert werden sollte. Wir, Antifaschistinnen und Antifaschisten, sind dankbar für die Beendigung des Nazi-Terrors. Merci! Thank you! Спасибо!



Wer wir sind...

Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) gründete sich 1947 nach der Befreiung von Krieg und Faschismus. In der VVN organisierten sich Frauen und Männer, die vom Nationalsozialismus verfolgt wurden, die Widerstand geleistet haben oder die vor Nazi-Deutschland fliehen mussten - unabhängig von ihrer politischen Herkunft. Der rote Winkel auf der Häftlingsjacke war in den Konzentrationslagern Kennzeichen für die politischen Häftlinge. Der rote Winkel auf weiß-blau gestreiftem Hintergrund ist heute das Symbol der VVN-BdA.

Auch heute müssen wir uns gegen faschistische Tendenzen und eine fortschreitende Militarisierung der Gesellschaft richten. Deshalb arbeiten in der VVN-BdA Menschen jeden Alters, die sich dem antifaschistischen Konsens verbunden fühlen und für Frieden und Völkerverständigung kämpfen.

Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!

Mach bei uns mit!

Wir treffen uns jeden vierten Mittwoch im Monat ab 20 Uhr in der Evangelischen Studierendengemeinde (ESG), Breul 43.

VVN-BDA MÜNSTER

FUNDAMENTALISTISCHE CHRIST_INNEN UND AGGRESSIVE ABTREIBUNGSGEGNER_INNEN ABSERVIEREN

1000 Kreuze stolpern lassen

Nicht nur die Nazis versuchen regelmäßig durch Münster zu marschieren. Seit Jahren gibt es immer im März einen sogenannten 1000-Kreuz-Marsch. Dabei ziehen Dutzende mit weißen Holzkreuzen durch die Stadt um gegen Schwangerschaftsabbrüche zu demonstrieren. Auch in diesem Jahr wollen sie wieder kommen – genau eine Woche nach dem Naziaufmarsch am 10.03. um 14:30h wollen sie sich vor der Aegidiikirche versammeln. In den letzten Jahren marschierten und beteten sie auch oft zusammen mit Nazis gegen die Selbstbestimmung von Frauen.

Wer sind die selbsternannten „Lebensschützer“?

EuroProLife

Angemeldet wird der 1000-Kreuz-Marsch von dem Vorsitzenden der Münchener Organisation EuroProLife, Wolfgang Hering. Laut Eigenaussage ist die Organisation ein Dachverband von „Vertretern von Lebensschutzgruppen aus 15 Europäischen Ländern“, jedoch sitzen im Präsidium nur Süddeutsche. Immer wieder belästigen sie Frauen vor Kliniken und setzen sie moralisch unter Druck, keinen Abbruch vornehmen zu lassen. So auch monatlich in Münster.

Komm-mit-Verlag

Die älteste in Münster aktive fundamentalistisch-christliche Organisation ist der 1948 gegründete „Komm-mit-Verlag“, der lange Zeit eine gleichnamige Zeitung sowie einen Kalender herausgab. Beide fielen in der Vergangenheit mehrfach auf, da sie nicht nur eine rigide Sexualmoral, sondern auch Geschichtsrevisionismus pflegten. Geworben wurde z.B. für die rechtslastigen Publikationen „Junge Freiheit“ und „Nation und Europa“ oder die „Deutschen Konservativen“.



Felizitas Küble, seit 2002 Leiterin des Verlags, wie auch dem diesem nahe stehenden Christoferuswerk, ist regelmäßige Autorin der „Jungen Freiheit“. Zeitschrift und Kalender erscheinen mittlerweile aufgrund der massiven Kritik nicht mehr.

CDL

In der selben Straße wie das Christoferuswerk und der Komm-mit-Verlag ist die Bundesgeschäftsstelle der „Christdemokraten für das Leben“ (CDL) zu finden. Die CDL ist eine „Lebensschützer“-Organisation innerhalb der CDU, wenn auch ausdrücklich nicht nur für Parteimitglieder zugänglich. Mit der CDL verfügen die Abtreibungsgegner_innen über eine mächtige und leider anerkannte Lobbygruppe.

Kardinal-von-Galen-Kreis

Ebenfalls mit im Bund ist regional der „Kardinal-von-Galen-Kreis“, ein „Aktionskreis katholischer Laien und Priester“. Als Mitgliedsverein im „Zusammenschluß papsttreuer Vereinigungen“ sind die Themen hier z.B. „der göttliche Plan der Geschlechter“ (2007). Dabei werden Gender-Theorien, die das Geschlecht als sozial

konstruiert verstehen, als Ablehnung des „Mütterlich-Empfangenden“ gedeutet. Geschlecht ist den fundamentalistischen Gruppen etwas ewig Festgelegtes, das einen festen Platz in „Gottes Heilsplan“ hat. Ein Grund warum sie Homosexualität immer noch verteufeln.

Angriff auf das Selbstbestimmungsrecht: Der weibliche Körper als Gemeinschaftsgut

Unter der Maske des „Schutzes ungeborenen Lebens“ fordern die selbsternannten „Lebensschützer“ nichts anderes, als die Bestimmung über den Körper von ungewollt schwangeren Frauen in die Hände einer Zwangsgemeinschaft zu legen. Die Entscheidungsfreiheit darüber, welche Eingriffe an dem eigenen Körper vorzunehmen sind, ist ein Kristallisationspunkt, in dem sich individuelle Freiheit, Menschenwürde und Selbstbestimmung eines Menschen spiegeln. Der Versuch Frauen zu zwingen, sich und ihren Körper in den Dienst der „Lebensrettung“ eines Fötus zu stellen, ist Ausdruck einer gewaltvollen Zuschreibung, die Frauen zu Gebärmaschinen degradiert.



diert und ihnen das Recht auf eigene Bedürfnisse, Überzeugungen und ein selbstbestimmtes Leben abspricht. Niemand käme auf die Idee Menschen, die Organ-oder Blutspenden verweigern, als Mörder_innen zu bezeichnen, da in diesem Fall die Entscheidung über den eigenen Körper als grundlegendes Menschenrecht zugestanden wird.

Die Gemeinschaft, in deren Dienst der Körper von Frauen und damit die Frauen selbst gestellt werden sollen, ist in der Argumentation von EuroProLife nicht etwa eine vorgestellte Gemeinschaft der Menschen allgemein. Nur vordergründig geht es den „Lebensschützern“ um den allgemeinen Schutz des „ungeborenen Lebens“. Das, was geschützt werden soll, ist vielmehr eine als überlegen gedachte Gemeinschaft der „Europäer_innen“. So sei nach

EuroProLife, und dieses ist das Hauptargument gegen Schwangerschaftsabbrüche, „Europa [...] mit seiner sehr niedrigen Geburtenrate ein sterbender Kontinent“. Diese Äußerung erinnert an neonazistische Töne von einer vermeintlichen „Überfremdung“ Europas, die es aufzuhalten gelte – im Falle der „Lebensschützer“ durch eine Reduktion von „europäischen“ Frauen auf ihre Reproduktionsfähigkeit unter Negation ihrer Selbstbestimmungsrechte.

Die Beleidigung von Frauen kennt keine Grenzen

Das propagierte Zugriffsrecht auf den Körper von Frauen sowie die damit einhergehende Ignoranz gegenüber der individuellen, ökonomischen und persönlichen Situation der Schwangeren und die Diskreditierung von Frauen, die Abbrüche vorgenommen haben, kennen dabei keine Grenzen. Jedes Kreuz des 1000-Kreuzes symbolisiert vordergründig die „Trauer“ um einen Fötus und stigmatisiert gleichzeitig die Frau, die einen Schwangerschaftsabbruch durchgeführt hat, zu einer „Mörderin“. Die Beschuldigungen seitens der christlichen Fundamentalist_innen gehen dabei so weit, Frauen, die sich zu einem Abbruch entscheiden, mit den SS-Wachmannschaften in Vernichtungslagern zu vergleichen. Im Zuge eines 1000-Kreuzes-Marsches in Münster eröffnete eine der Teilnehmerinnen, sie sei der Meinung, dass die derzeit durchgeführten Abbrüche „schlimmer“ seien als die Vernichtung des europäischen Judentums (nachzuhören auf www.gloria.tv). In der Argumentation der selbster-

nannten „Lebensschützer“ zeigt sich also die Forderung, Frauen das Selbstbestimmungsrecht über ihre Körper und ihr weiteres Leben rigoros abzusprechen und sie in den Dienst einer mit Zwang durchgesetzten Gemeinschaft zu stellen.

... für ein selbstbestimmtes Leben!

Die Protestierenden gegen den Kreuzzug ins Mittelalter 2009 schlugen sich derzeit immer noch mit Strafverfahren wegen vermeintlicher Versammlungssprengung herum. Begründung seitens der Justiz ist ihre damalige Anwesenheit und ihr entschlossen und laut geäußertes Protest. Am 10.03. werden wir erneut zeigen, dass wir uns von der Repression nicht einschüchtern lassen. Wir werden nicht hinnehmen, dass die Staatsanwaltschaft mit ihrer Konstruktion zukünftig gegen jegliche Gegenaktivitäten gegen Abscheulichkeiten (wie Naziaufmärsche) vorgehen könnte. Widerstand ist notwendig und wir werden ihn nicht davon abhängig machen ob das der Staatsanwaltschaft passt oder nicht.

Für den selbstbestimmten Umgang mit dem eigenen Körper!

Für das Recht auf Schwangerschaftsabbruch!

EMANZIPATORISCHE ANTIFA MÜNSTER + GEGEN 1000 KREUZE – BÜNDNIS MÜNSTER

Kontakt EAM: eams.blogspot.eu, muenster@riseup.net

Kontakt Gegen 1000 Kreuze: gegen1000kreuze.blogspot.de, repression-maerz@riseup.net

GRUPPENBILD MIT DAMEN UND FRISCHEN WUNDEN

Ein Abriss über Burschenschaften und deren Konstruktion von Geschlecht und Männlichkeit



Bei dem Foto handelt es sich um eine Bildpostkarte aus der Zeit um 1900. Der Titel lautet „Gruppenfoto mit Damen und frischen Wunden“.

(Quelle: <http://www.zeno.org/Bildpostkarten/M/Studentica/Burschenschaften/Gruppenfoto+mit+Damen+und+frischen+Wunden>)

Corpsstudenten*, Verbindungsstudenten, Burschenschaftler oder umgangssprachlich „Burschis“ sind Begrifflichkeiten, die häufig von Außenstehenden durcheinander gebracht werden. Zur Verwirrung trägt sicherlich bei, dass in jeder dieser studentischen Organisationen die Mitglieder „Burschen“ genannt werden, nachdem sie eine Probephase durchlaufen haben. Trotzdem ist „Verbindung“ oder „Korporation“, was im Lateinischen „Körperschaft“ bedeutet, der Oberbegriff. Diese Gemeinschaft nennt sich auch „Lebensbund“, denn sie bedeutet Mitgliedschaft auf Lebenszeit und verbindet auf diese Weise die „Aktiven“ (Studenten) und die „Alten Herren“, also bereits berufstätige Akademiker. Eine Burschenschaft ist eine zumindest begrifflich untergeordnete Kategorie. Trotzdem sind es vor allem die Burschenschaften, die am häufigsten öffentlich wahrgenommen werden – als „Rechtsaußen“ der korporierten Landschaft, die sich von liberalen über meist rechtskonservative Gesinnungen erstreckt und mit einigen Burschenschaften als Organisationen der extremen Rechten sogar Erwähnung in Verfassungsschutzberichten findet.“ Für einen detaillierten Überblick oder eine Einführung in die verschiedenen Korporationsformen ist an dieser Stelle kein Raum“, es geht uns vielmehr um eine nähere Betrachtung eines zentralen Strukturmerkmals aller studentischen Verbindungen; nämlich deren Konstruktion von Geschlecht und Männlichkeit.

* Anmerkung: In Bezug auf nicht näher bestimmte Personengruppen verwenden wir die Schreibweise mit Unterstrich (Student_innen), da sie weiblich oder männlich definierten Personen ebenso Rechnung trägt wie denen, die sich in diese Schemata nicht einordnen wollen oder können, für die es in einer heteronormativen Gesellschaft mit einem binären Geschlechtersystem aber keinen sprachlichen Ausdruck gibt. Bei der Untersuchung studentischer Verbindungen geht es uns aber nicht um die wenigen Ausnahmen, in denen beispielsweise Frauen zugelassen sind, sondern um Korporationen, denen Männlichkeit ein exklusives und konstituierendes Element ist, daher verwenden wir hier nur das Maskulinum.

** Beispielsweise die Münchner Burschenschaft Danubia, vgl. Bayerisches Staatsministerium des Innern: Verfassungsschutzbericht. 2006. S. 145.

*** Näheres ist beispielsweise nachzulesen in: Füxe, Burschen, Alte Herren. Studentische Korporationen vom Wartburgfest bis heute. Hrsg. von Ludwig Elm und Dietrich Heither. Köln: PapyRossa 1992 (= Neue kleine Bibliothek 28).

Korporationen als exklusive Gruppe

Trotz aller Unterschiede zwischen den verschiedenen Korporationsverbänden scheint der gemeinsame Nenner in der Bildung einer exklusiven Gruppe zu liegen, die sich abgrenzend auf soziale Kategorien wie Geschlecht, sexuelle Orientierung, Klasse, Herkunft/Ethnizität und Religionszugehörigkeit bezieht. Diese Exklusivität wird im studentischen Lebensbund konserviert, (re-)produziert und trägt nicht selten dazu bei, dass Karrierewege von Beziehungen innerhalb dieses Bundes profitieren. Gerade bei Verbindungen, deren identitätsstiftendes Moment in der Ausübung von Wissenschaften liegt, reproduziert sich mit dem Ausschluss von Frauen auch deren Ausschluss aus Führungspositionen in Wirtschaft, Politik und Wissenschaft.

Mensur als Initiations- und Mannbarkeitsritual

An dieser Stelle soll nun der Fokus auf der Mensur, also dem Zweikampf mit Waffen, als Inszenierung von Männlichkeit liegen – damit geht es im Schwerpunkt um die so genannten schlagenden Verbindungen.

Die Konstruktion von Männlichkeit kann als entscheidendes Erziehungsideal von Verbindungen angesehen werden. Dabei kommen unterschiedliche Rituale zum Tragen, die zur Bildung eines entsprechenden Habitus beitragen sollen. Zunächst ist den schlagenden Verbindungen die Mensur eine wichtige erzieherische Praxis und Mittel zur Persönlichkeitsbildung ihrer Mitglieder. Sie gilt als klassisches Initiations- und Mannbarkeitsritual. Zentrales Element dieses Männlichkeitskonzepts ist „Härte“ – sowohl gegen sich selbst, als auch gegen andere. Norbert Elias hat die durch die Messuren anerzogene Haltung daher als „Habitus ohne Mitleid“ bezeichnet. Vom Paukanten* wird erwartet, dass er die ihm zugefügten Verletzungen ohne äußere Regung hinnimmt. Die Folgen einer solchen Abhärtung beschreibt Adorno in seinem Aufsatz „Erziehung nach Auschwitz“ als Zusammengehen von Sadismus und Masochismus:

„Die Vorstellung, Männlichkeit besteht in einem Höchstmaß an Ertragenkönnen wurde längst zum Deckbild eines Masochismus, der wie die Psychologie dartat- mit dem Sadismus nur allzu leicht sich zusammenfindet. Das gepriesene Hartsein, zu dem da erzogen werden soll, bedeutet Gleichgültigkeit gegen den Schmerz schlechthin. Dabei wird zwischen dem

* Als Paukanten werden die beiden teilnehmenden Fechter bezeichnet, die traditionell zwei unterschiedlichen Verbindungen angehören.



eigenen und dem anderer gar nicht einmal so sehr fest unterschieden. Wer hart ist gegen sich, der erkaufte sich das Recht, hart auch gegen andere zu sein, und rächt sich für den Schmerz, dessen Regung er nicht zeigen durfte, die er verdrängen mußte.“**

Die Unterdrückung der eigenen Person ist eng mit einem anderen Element der hier konstruierten Männlichkeit verbunden, der Unterordnung des Einzelnen unter das Kollektiv. Die Mensur dient der Korporation stets auch als Binde- und Vergemeinschaftungsmittel. Sie markiert die entscheidende Hürde vor der Aufnahme in die elitäre Gemeinschaft. Der Paukant soll durch die bewusste Inkaufnahme schwerer Verletzungen seine Bereitschaft demonstrieren, seine eigenen Interessen hinter die der Korporation zurück zu stellen. Nur wenn er bereit ist, seine körperliche Unversehrtheit zu riskieren, sich verstümmeln und unter Zufügung medizinisch nicht notwendiger Schmerzen verarzten zu lassen, wenn er also sich selbst komplett verleugnet, nur dann wird ihm die Aufnahme in die Gemeinschaft gewährt. Gefordert wird also das Durchstreichen der eigenen Person, das vollständige Aufgehen im Kollektiv. Adorno beschreibt die Funktion dieses Kollektivs: „Menschen, die blind in Kollektive sich einordnen, machen sich selber schon zu etwas wie Material, löschen sich als selbstbestimmte Wesen aus. Dazu passt die Bereitschaft, andere als amorphe Masse zu behandeln.“

Hinter der Erziehung zur Männlichkeit steht die Idee eines (weißen) Männerbundes, der allein wahre Freundschaft, Treue und Verbundenheit garantieren kann: denn zugleich ist der Männerbund der Verbindung als Lebensbund angelegt. Damit geht auch der Anschluss von Frauen einher. Die unter

** Adorno, Theodor W.: Erziehung zur Mündigkeit. Frankfurt: Suhrkamp 1969. S.96.

anderem im Zusammenhang mit der Mensur formulierten Männlichkeitsideale sind zugleich Gesellschaftsutopien. In der Mensur kommt der „Wille zum heldischen Männerbund“ und damit zur „männlichen Gesellschaft“ zum Ausdruck. Der Kern des Männerbundes ist die Wehrhaftigkeit, ein entsprechender Militarismus demnach kein Zufall. Auf einer anderen Ebene entspricht dem Bund der Korporierten eine hierarchisch geordnete, gegen äußere Feinde zusammengeschlossene Nation. In ihr hat das einzelne Individuum keine Bedeutung, Frauen sind nur für die Reproduktion zuständig und alles ‘Unmännliche’ wird mit gnadenloser Härte bekämpft. Die Verbindung von Individuum und großem Ganzen – also der Nation – wird dabei nicht zuletzt über die Erziehung hergestellt.

(Re-)Produktion des konservativen Familienmodells

Wenn also die „männliche Gesellschaft“ als Utopie gesetzt wird, dann ist auch die Rolle des Weiblichen als Gegenstück des Männlichen klar festgelegt: Frauen seien emotional, repräsentativ und vor allem zuständig für Reproduktion der Familie und des Volkes.

Auf diese Art und Weise wird sich auf ein traditionell bürgerliches Familienmodell bezogen: Während Proletarierinnen im 19. Jahrhundert zur Existenzsicherung der Familie selbstverständlich beitragen mussten, galt die Hüterin des Heimes als wichtige Rolle bürgerlicher Frauen. Auf diese Weise trägt die Frau als Kulturträgerin entscheidend zur Aufrechterhaltung der Nation bei, indem die Familie als Keimzelle des Volkes gilt. Mit dieser binären Geschlechterkonstruktion ist also untrennbar eine bestimmte Vorstellung von Nation verknüpft, weshalb sie als zentraler Wert studentischer Korporationen erscheint.

Burschenschaften stellen also Orte dar, an denen längst überholte Bilder von Männlichkeit und Weiblichkeit und somit die biologisch festgelegte (und heteronormative) Zweigeschlechterordnung aufrechterhalten, reproduziert und weiter verfestigt werden. Trotz der Tatsache, dass es auch einige Frauenverbindungen gibt, hat sich doch am Charakter der männerbündischen Ausrichtung der Verbindungen im Allgemeinen nichts geändert. Frauen gelten weiterhin als „hübsches Beiwerk“ und werden von Mensur und anderen Ritualen sowie diversen Veranstaltungen kategorisch ausgeschlossen.“**

LADYFEST GRUPPE-
QUEERFEMINISTISCHE VERNETZUNG IN
MÜNSTER

Kontakt:

ladyfestms@yahoo.de

*** Um mehr zur spezifischen Situation in Münster zu erfahren, empfehlen wir den Reader „disconnect. Reader zu studentischen Verbindungen in Münster“ (2007), in dem sehr viele Informationen enthalten sind. Dieser ist auch online verfügbar unter: <http://www.astafh.de/wp-content/uploads/2007/11/disconnect.pdf>

DIE KAPITALAKKUMULIERENDE GESELLSCHAFT UND IHRE EIGENTÜMLICHE NATÜRLICHKEIT

Plädoyer für eine progressive Kapitalismuskritik

Es gibt viele gute Gründe, gegen das zu sein, was man landläufig Kapitalismus nennt: Hunger, Armut und Knappheit – obwohl doch genug für ein gutes Leben aller produziert wird; Zwang zu zeitraubender Lohnarbeit, Senkung der Löhne, Verlängerung der Schichten, Zerstörung der Umwelt – obwohl es sich doch besser und nachhaltiger leben ließe; Abschaffung von Sozialleistungen wegen ökonomischer Krisen, die immer wieder über die Menschen herein zu brechen drohen und so weiter.

Diese Gründe sind alle legitim, aber nur selten findet sich eine aus ihnen entwickelte Kritik, die darauf zielt, den Produktionsprozess zu durchdenken und die feststellt, dass es sich um eine irrationale Produktionsweise handelt, weil sie nicht dem Zweck folgt, die Bedürfnisse aller Menschen zu befriedigen, sondern auf die möglichst schnelle Vermehrung von immer mehr Kapital ausgerichtet ist.

Mehr noch, dass diese Produktionsweise antiemanzipatorisch ist, weil sie dazu führt, dass der Kapitalismus nicht als menschengemacht, sondern als „natürlich“ erscheint – es sich zunächst so darstellen muss, als würde die Wirtschaftsweise der „Natur des Menschen“ entsprechen. Einer solchen Kritik soll in diesem Text kurz nachgespürt werden, um im Anschluss zu umreißen, was eine darauf aufbauende progressive Kapitalismuskritik ausmacht.

Ware

Im Kapitalismus kommen alle Produkte, die zum menschlichen Leben gebraucht werden, als Waren daher. Diese lassen sich zunächst als nützliche Dinge anwenden, sind Gebrauchsgüter. Daneben – und das ist was eine Ware so besonders macht – enthalten sie anscheinend natürlich etwas weiteres, einen Wert. Dieser Wert zeigt sich im Tausch, den man eingehen muss, um an das gerade ver-

langte Ding zu kommen. Ohne den Wert als Grundlage des Tausches wäre es kaum vorstellbar, dass die Menschen äußerlich und in ihrer Anwendung völlig unterschiedliche Dinge in je anderen, aber einigermaßen stabilen Relationen tauschen. Die Preise werden offensichtlich nicht immer wieder ausgehandelt oder willkürlich festgelegt. Wie nun aber wird der Wert bestimmt, auf den die Menschen die in ihren Qualitäten so unterschiedlichen Waren im Austausch reduzieren? Allen getauschten Gegenständen ist einzig gemein, dass zu ihrer Beschaffung menschliche Arbeit notwendig war. Offensichtlich muss es die Arbeit als gesellschaftliche Tätigkeit sein, welche zum Erlangen der entsprechenden Ware benötigt wurde – Rohstoffgewinnung, Herstellung, Transport usw. – die hier die entscheidende Rolle spielt. Allerdings sind auch die verrichteten Arbeiten, in denen die einzelnen Menschen sich verausgaben, sehr unterschiedlich. Die eine mag Lastwagenfahrerin sein, der andere Produktionshelfer, wieder jemand anderes in einer Mine schuften oder Bücher schreiben.

Karl-Heinz Laube / pixello.de



Was genau der*die einzelne gearbeitet hat, um Geld zu verdienen, macht beim Tauschen keinen Unterschied mehr. Das kann nur gehen, wenn wie den Dingen, die zu Waren werden, auch der Arbeit eine zweite Eigenschaft zukommt. Sie ist – neben ihrer konkreten Ausformung (Lastwagenfahren, in der Fabrik stehen, Kohle abbauen, Bücher schreiben) – auch abstrakte Arbeit. In Betrachtung kommt bei der abstrakten Arbeit diejenige Zeit, welche in der gesamten Ökonomie durchschnittlich aufgebracht werden muss, um eine bestimmte Ware zu beschaffen. Erst so werden die produzierten Sachen quantitativ vergleichbar. Diese Komponente der Arbeit ist selbstverständlich nur vorgestellt, eine Abstraktion, die aus der Gesellschaftsform Kapitalismus kommt. Man kann immer nur einzelne Menschen beobachten, wie sie Kohle aus Minen schaffen oder Bücher schreiben, nicht jedoch, wie sie abstrakte Arbeit aufhäufen. So lässt sich ebenfalls auch für den Wert feststellen, dass er nur eine durch die Gesellschaftsform notwendige Abstraktion ist, welche die Menschen mitgehen müssen, um Waren tauschen zu können. Das erklärt auch, warum man den Wert nie in den einzelnen Gebrauchsgegenständen ausfindig machen könnte, selbst wenn man sie noch so gründlich auseinandernehmen würde – er ist eine soziale Konstruktion.

Verdinglichung

Dass den Dingen Wert zukommt, der über abstrakte Arbeit bestimmt ist, ist also den gesellschaftlichen Bedingungen der Produktion, einer unbewusst und kollektiv gefassten, mensch-



(c) sabine koriath/pixelio.de

(c) F.H.M. / pixelio.de

lichen und politischen Entscheidung geschuldet. Der Wert wird erst zur Realität, weil er zur Produktion unter kapitalistischen Vorzeichen nötig ist. So bedeutet die kapitalistische Produktionsweise für die menschlichen Umgangsformen, dass man sich nur im Tausch von Waren, die man unabhängig und isoliert von einander produziert hat, aufeinander beziehen kann. Dadurch wohnt den Waren anscheinend „natürlich“ ein Wert inne – den Menschen wird die Produktionsweise und ihre eigenen Stellungen darin als ebenso „naturgemäß“ zurückgespiegelt: Die Dinge verselbständigen sich gegenüber den Menschen, sie bestimmen deren Leben und Denken. Darüber was und wie viel produziert wird, entscheiden die Menschen nicht gemeinschaftlich, sondern wird durch den Markt vermittelt. Im Alltag verschließen sich zumeist die skizzierten Zusammenhänge von Arbeit, Wert und Ware, sowie deren Auswirkungen auf die menschlichen Beziehungen.

Dass die kapitalistische Produktionsweise alles andere als selbstverständlich ist, könnte man auch durch einen historischen Abriss klären. Unter anderen gesellschaftlichen Voraussetzungen wurde die Produktion und Verteilung von Gebrauchsgegenständen gänzlich anders geregelt. Der Kapitalismus entfaltete sich schrittweise und setzte sich während dessen unter einem nicht zu unterschätzenden Aufgebot von Gewalt durch. An einem solchen Abriss ließe sich ebenfalls erkennen, dass die Menschen keine „Natur“ jenseits ihrer wandelbaren sozialen Beziehungen haben, die sie beispielsweise dazu zwingen würde, immer gegeneinander

zu konkurrieren.

Dass die Menschen mit dem Kapitalismus nicht zu sich selbst, sondern viel eher auf den Hund gekommen sind, zeigt sich, wenn man die Zielsetzung aller gesellschaftlichen Bestrebungen unter die Lupe nimmt.

Geld

Der gesellschaftliche Reichtum tritt, wie oben gezeigt, augenfällig zunächst in Form von Waren auf. Alle diese Waren drücken ihren Wert gegenüber einer einzigen Ware aus, die nicht konsumiert wird – dem Geld. Ohne Wert könnten sich die Waren nicht aufeinander beziehen und erst mit Geld kann ‚ordentlich‘ getauscht werden. Denn die gesellschaftlich-notwendige Arbeit, welche auf einzelne Waren verbraucht wird und ihnen Wert gibt, kann sinnvoll nur gegen eine einzelne Ware gemessen werden, die gleichzeitig alle anderen Waren repräsentiert – also Geld ist. Schaut man sich näher an, wie Geld benutzt wird, zeigt sich, dass es einerseits als Zirkulationshelfer und andererseits als Maß der Werte auftritt. Zum einen wird es als Vermittler bei allen Tauschakten gebraucht. Zum anderen wird mit ihm der Wert jeder Ware im Preis vorgestellt. Das Geld, das im Kapitalismus als Gegenstand vorhanden ist, vereint nun beide Funktionen auf sich. Es ist erstens Repräsentant aller Gebrauchsgüter – denn man kann es immer gegen solche eintauschen. Zweitens ist es auch Repräsentant des Wertes – denn an ihm werden die Werte aller Gegenstände gemessen. Geld fungiert somit als gegenständliche und selbstständige Inkarnation des Werts.

Logisch und verstandesgemäß hingegen betrachtet ist das äußerst paradox, weil der Wert ja eigentlich nur eine soziale Abstraktion ist. Nichtsdestotrotz ist er im Kapitalismus als stofflicher Gegenstand vorhanden – dass den Menschen dieses Faktum indes ganz „natürlich“ erscheint, geht wie das

ebenfalls paradoxe Vorhandensein des Werts in den Gegenständen auf die Produktionsweise zurück.

Kapitalakkumulation

Damit die selbstständige Vergegenständlichung des Werts überhaupt dauerhaft greifbar ist und sich nicht immer wieder verflüchtigt, muss das Geld kontinuierlich in die Zirkulation eingehen, also zum Ziel allen Tauschens werden und immer in Bewegung bleiben. Würde es bloß als Zirkulationshelfer benutzt, wäre es nicht selbstständig, sondern nur bei einzelnen Tauschakten in Relation zu anderen Waren etwas wert. Wäre es nur Maß der Werte, so bliebe es nur eine vorgestellte Rechenhilfe.

Dass ein einfaches Austauschen von Geld gegen eine Ware und dann wieder gegen die gleiche Menge Geld im Kapitalismus allerdings keinen Sinn ergeben würde, es vielmehr um seine Vermehrung gehen muss, entspringt aus der spezifische Stellung, in der die Menschen zueinander stehen. Während die einen nur ihre eigene Arbeitskraft haben, die sie tagtäglich als Ware zum Verkauf anbieten können, befinden sich die anderen im Besitz von Produktionsmitteln. Die einen konkurrieren gegen andere in der gleichen Position um Arbeitsplätze, die anderen um Marktanteile, indem sie beständig in die Verbesserung der Produktion, Erfindung verfeinerter oder neuer Waren usw. investieren. Damit diejenigen mit Produktionsmitteln überhaupt immer wieder eine Geldmenge zum investieren erhalten können, muss es eine Ware geben, deren Nutzen es ist, mehr Wert erzeugen zu können, als sie kostet.

Diese einzigartige Ware ist die Arbeitskraft. Der Mehrwert entspringt aus einem Teil der abstrakten

Arbeit, nämlich dem Teil, der über die Kosten der Selbsterhaltung der Arbeitenden hinausgeht. Seinerseits wird der Mehrwert zumindest nicht vollständig verkonsumiert, sondern mit dem Ziel noch mehr Geld – und damit Wert – zu bekommen in den Produktionsprozess reinvestiert, sodass am Ende der nächsten Bewegung erneut und mehr Mehrwert entstehen kann. Wenn eine Wertsumme immer wieder auf diese Art verausgabt wird, entsteht Kapital. Der Zweck von Kapital ist damit klar: immer mehr zu werden, also Kapitalakkumulation zu betreiben und sich so zu erhalten, anstatt zu verfallen. Der prozesshafte Vorgang, der zu Kapital führt, ist damit endlos und maßlos. Das heißt es gibt keinen Punkt, an dem er beendet wäre oder einen, wo die Rate des Anstiegens des Kapitals einen Richtwert hätte und nicht mehr gesteigert werden will. Je schneller Kapital vermehrt wird, um so besser – immerhin befinden sich die Menschen in stetiger Konkurrenz und jeder Vorteil zählt. Die kapitalistische Gesellschaft ist damit nicht auf Bedürfnisbefriedigung oder Nachhaltigkeit gerichtet, sondern auf Kapitalakkumulation. Bedürfnisbefriedigung ist ein Nebenprodukt, nicht eigentlicher Zweck der ganzen Veranstaltung und erst mit dem Kapital kommt der Wert, welcher schon in der Ware angelegt ist und sich zwangsläufig im Geld fortsetzt, als die gesamte Ökonomie umfassendes Prinzip zum Stehen.

So what?

Die hier kurz schemenhaft angeschnittenen Grundprinzipien der kapitalistischen Produktion legen noch etwas weiteres nahe: Die Produktionsweise ist für die Formen der menschlichen Beziehungen maßgeblich. Jeder Tag, jede Stunde menschlichen Daseins

ist von ihr durchsetzt, sie bestimmt Denken und Handeln mit. Wenn die Menschen allesamt in Konkurrenz zu einander stehen und alle Bewegungen der Gegenstände vor allem den Zweck haben, mehr Kapital zu produzieren, dann stehen die Menschen unter der apersonalen Herrschaft eines abstrakten gesellschaftlichen Verhältnis, das weder einzelne, noch größere Gruppen von ihnen kontrollieren könnten. Kapitalismus ist damit eine Totalität, in der es keine unabhängig davon Herrschenden gibt und die sich nicht durch einzelne Personengruppen oder Staaten instrumentalisieren lässt. Eine progressive Kapitalismuskritik muss sich also auch gegen jegliche Form der Personalisierung wenden. Sie kann außerdem klar machen, dass es sich beim Kapitalismus nicht um einen Zustand handelt, den man bändigen, reformieren, besser regulieren oder selbst in die Hand nehmen müsste, sondern der abgeschafft gehört und der abgeschafft werden kann. Sie dürfte jedoch nicht an dieser Stelle stehen bleiben, sondern müsste noch mehr leisten, um ihrem Namen gerecht zu werden. Zu formulieren wäre progressive Kapitalismuskritik über die im Textverlauf ausgeführten Punkte weiter dahin, dass sie aufzeigen kann, dass die gesellschaftlichen Probleme genauso schon in den Modus der Produktion eingeschrieben sind, wie dessen Krisenhaftigkeit und dass der Kapitalismus mit seinen inhärenten Widersprüchen und paradoxen Erscheinungsformen die Menschen anfällig macht für Ideologien. Da die derzeitigen Produktionsverhältnisse aufs engste mit den verbreiteten Ideologien verschränkt sind, wäre eine Kapitalismuskritik auch immer zu verbinden mit einer Ideologiekritik, die nicht losgelöst bleiben kann von der spezifischen Geschichte jener Gesellschaft, auf die beide sich im Speziellen beziehen. Eine derart verfasste Kritik würde zudem noch deutlicher

implizieren, dass um aus der noch immer dauernden grauen Vorgeschichte heraustreten zu können, in der die Menschen alles andere als frei und alles andere als gleichberechtigt sind, eine positive Aufhebung der kapitalistischen Gesellschaft notwendig ist. „Aufhebung“ ist dabei im dreifachen Sinne zu verstehen: abschaffen – bewahren der Errungenschaften – heben auf eine höhere Stufe.

GRUPPE ET2C

Tipps zum Weiterlesen:

Junge Linke: Grundlagen der Kapitalismuskritik

Online unter: <http://www.junge-linke.org/grundlagen-der-kapitalismuskritik>

Michael Heinrich: Kritik der politischen Ökonomie. Eine Einführung Schmetterling Verlag/theorie.org

Karl Marx, Das Kapital. Kritik der Politischen Ökonomie. Erster Band [z.B. Marx Engels Werke (MEW) Band 23, Dietz Verlag

oder Online unter: http://www.mlwerke.de/me/me23/me23_000.htm]



(c) bernward/pixelio.de



FÜR EIN BLEIBERECHT DER ROMA KÄMPFEN

Am 27. Januar 2010 während der Gedenkstunde des Deutschen Bundestages für die Opfer des Nationalsozialismus erinnerte Zoni Weisz als Vertreter der Sinti und Roma an die Verfolgung dieser während des Nationalsozialismus. Etwa 500.000 wurden ermordet. Gleichzeitig wies Weisz darauf hin, dass Diskriminierung, Stigmatisierung und Ausgrenzung von Sinti und Roma auch heute in Europa fortbestehen. Er beklagte die besonders dramatische Situation in osteuropäischen Ländern, ebenso aber auch diejenige in Frankreich und Italien. Vor allem Frankreich war zu dieser Zeit in die Kritik geraten, weil dort Roma in die EU-Länder Bulgarien und Rumänien abgeschoben wurden.

Die Rede von Weisz erhielt im Bundestag als auch in der Medienöffentlichkeit einige Beachtung. Dies fiel der Politik und Öffentlichkeit in Deutschland wohl aber auch deshalb leichter, weil die aktuelle Diskriminierung von Sinti und Roma in anderen Staaten und nicht in Deutschland angeklagt wurde. Aber gibt es bezüglich der Situation der Sinti und Roma in Deutschland nichts zu beklagen? Hat Deutschland aus seiner historischen Verantwortung gegenüber dieser Bevölkerungsgruppe, die im Nationalsozialismus verfolgt wurde, gelernt?

Antiziganistische Vorurteile und Diskriminierung¹ von Roma sind auch in Deutschland weiterhin an der Tagesordnung. Das Progam in Rostock-Lichtenhagen 1992 richtete sich auch gegen Roma. Und der deutsche Staat deportiert Roma, die hier Schutz zu finden hofften.

Viele Roma, die aus den Staaten des ehemaligen Jugoslawien während der Kriege dort nach Deutschland geflohen sind, wurden bereits in den 1990er Jahren abgeschoben. Seit Mitte 2009 sind wieder fast 10.000 Roma aus dem Kosovo akut von einer Abschiebung bedroht, nachdem sie schon seit Jahren / Jahrzehnten in Deutschland mit dem äußerst unsicheren Status der Duldung leben. In einem Rückübernahmeabkommen zwischen Deutschland und Kosovo, sichert der Kosovo die Wiederaufnahme der von dort kommenden Flüchtlinge (u.a. auch Roma und andere Minderheiten) zu, und ermöglicht dadurch Deutschland die Abschiebungen. Verhinderte vorher die unsichere Lage für Minderheiten im Kosovo ihre Abschiebung, ignoriert und leugnet der deutsche Staat diese nun einfach. Dabei sind rassistische Diskriminierungen von Roma, gewaltsame Übergriffe gegen sie und ein faktischer Ausschluss vom Arbeitsmarkt, sozialen Leistungen, medizinischer Grundversorgung sowie vom weiteren gesellschaftlichen Leben im Kosovo durch zahlreiche unabhängige Berichte detailliert dokumentiert.²

Für Roma aus Serbien und Mazedonien ist die Situation in ihren

Herkunftsländern ähnlich. Auch ihnen bietet sich dort keine menschenwürdige Lebensperspektive. Ende 2009 wurde die Visumpflicht für diese Staaten aufgehoben, so dass die Einreise in die EU deutlich erleichtert wird. Roma nutzen diese Möglichkeiten. Viele der Roma aus Serbien, die seit dem letzten Jahr nach Münster kommen, waren schon einmal hier. Sie haben hier mehrere Jahre gelebt, sind hier aufgewachsen und wurden abgeschoben. Die perspektivlose und unsichere Lage in Serbien lässt sie zurückkehren. Aus Münster wurden in den letzten Jahren bisher noch keine Roma abgeschoben. Aus anderen Städten wird aber bereits seit 2009 fleißig abgeschoben – auch aus dem Umland Münsters, aus den Kreisen Borken, Warendorf und Steinfurt. Ungefähr monatlich findet zentral organisiert von den Flughäfen Düsseldorf und Baden Baden per Charterflug eine Sammelabschiebung nach Belgrad oder Pristina statt. 46 Abschiebeflüge gingen in den Jahren 2009 bis 2011 in den Kosovo. Einige hundert Roma wurden bereits deportiert. Seit Jahrzehnten kämpfen Roma und mit ihnen solidarische Menschen für ein dauerhaftes Bleiberecht für Roma. Doch der deutsche Staat verweigert es ihnen. Seitdem die Aufenthaltssituation für Roma wieder bedrohlicher



geworden ist, hat sich vielerorts Protest und Widerstand gegen die angedrohten und vollzogenen Abschiebungen gebildet. In Münster gibt es zwei Bündnisse aus Organisationen, Gruppierungen, Einzelpersonen und Roma-Sprecher_innen, die sich für das Bleiberecht von Roma einsetzen: die ‚Aktion 302‘ und das ‚Münsteraner Bündnis für ein Bleiberecht der Roma‘. Neue interessierte Menschen sind in beiden Bündnissen herzlich willkommen.

Aktion 302 trifft sich jeden 3. Freitag im Monat um 17.00 Uhr in den Räumen der GGUA Flüchtlingshilfe, Südstraße 46, kontakt@aktion302.de, www.aktion302.de.

Das ‚Münsteraner Bündnis für ein Bleiberecht der Roma‘ trifft jeden 2. + 4. Mittwoch im Monat um 18 Uhr in der KSHG (Kleines Forum, EG links) Frauenstraße 3-6, bleiberechtMuenster@yahoo.de.

ANTIRASSISTISCHE INITIATIVE MÜNSTER

zag - antirassistische zeitschrift
c/o Netzwerk Selbsthilfe
Mehringhof | Geisenaustra. 2a | 10961 Berlin
fon. +49/ (0)30/ 795 72 81
fax. +49/ (0)30/ 491 30 85
email. redaktion@zag-berlin.de
http://www.zag-berlin.de/
http://anti-ziganismus.de/

Anti-Ziganismus.de

ANTIZIGANISMUS – WAS IST DAS DENN?

Es stellt derzeit keinen gesellschaftlichen Skandal dar, wenn Menschen im Alltag als „Zigeuner“ tituliert bzw. beschimpft werden. Und obwohl der Begriff aus der offiziellen Sprache nahezu verschwunden ist, wird er im Alltag keinesfalls ausschließlich von Nazis benutzt. Jede_r produziert sofort mehrere Stereotype, hört er_sie den Begriff.

Die Mehrheit der produzierten Bilder wird negativ sein, doch auch wenn einige vermeintlich positive enthalten sind (in der Regel eine romantisch verklärende Sichtweise), fungieren sie ausschließlich zur Ab- und Ausgrenzung. Alle Bilder haben eine Rolle für diejenigen, die sie aussprechen, jedes Mal auf ein Neues. Obwohl der Begriff heute in Politik oder Amtssprache keine Verwendung mehr findet, gebrauchen nicht wenige den Begriff auch heute immer noch vollkommen selbstverständlich und sind sich nicht bewusst oder nehmen in Kauf welche Tradition an Ausgrenzung sie damit weitertragen. Im folgenden sollen kurze Einblicke gegeben werden, wie sich Antiziganismus in einigen Epochen entwickelt hat und welche Rolle er in den Gesellschaften spielt. Die, die damit gemeint sein sollen, wenn von „Zigeunern“ geredet wird, haben mit den Bildern, die über sie existieren, soviel gemein, wie die Lebensbedingungen auf dem Mars mit unseren Phantasien über vermeintliche Marsbewohner_innen.

In der Regel sind vor allem Roma, Sinti, Jenische und Travellers gemeint, wenn von „Zigeunern“ die Rede ist und häufig genug muss der Begriff noch nicht einmal genannt sein, auch die Einzelbezeichnungen produzieren schon genügend Stereotype und Ressentiments. Von der Diskriminierung sind allerdings nicht nur die oben genannten Gruppen betroffen, sondern auch jene, denen die stereotype Lebensweise zugeschrieben wird.

Als Beginn antiziganistischer Resen-

timents kann das 15./ 16. Jahrhunderts angesehen werden. Zu dieser Zeit entwickelten sich auf Grund tiefgreifender sozialer, politischer und ökonomischer Veränderungen und damit gewandelter Wertvorstellungen die Grundlagen der modernen bürgerlichen Gesellschaften. Zentrale Merkmale in der Entwicklung des Bürgertums waren die Herausbildung von Nationalstaaten und damit einer nationalen Identität, eine verstärkte Arbeitsdisziplin und nicht zuletzt die Manifestierung des Patriarchats. Das Leben sollte zunehmend rational und ökonomisch effizient organisiert werden. Das Unbehagen der Menschen an diesen umwälzenden Ereignissen steht im Zusammenhang mit der Entstehung des Antiziganismus. In dieser Phase wurden die „Zigeuner“ zum archaischen Gegenentwurf erklärt. Lust, Freiheit und „das einfache Leben“ im Gegensatz zum Realitätsprinzip der Mehrheitsgesellschaft wurde auf die so neu kreierte Gruppe projiziert. Dem vermeintlich Fremden wurde die Verletzung der eigenen, neu entwickelten Moralvorstellungen vorgeworfen und ihnen unterstellt, sie würden gegen die vorherrschenden Normen verstoßen. Diese Projektion förderte die Eigengruppenbildung und verstärkte somit die kollektive Identität. Das wiederum bewirkte eine Erhöhung der Arbeitsdisziplin und normativen Anpassung nach innen. Gleichzeitig finden die antiziganistischen Ressentiments ihren Umschlag in Verfolgung und Diskriminierung.

Es kann von zwei großen identitätsstiftenden Kategorien der europäischen Gesellschaften gesprochen werden: der Religion und der Nation. Beides wurde den Stigmatisierten grundsätzlich in Abrede gestellt. Als Reisende teils ohne festen Wohnort und ohne Staat bedrohten sie im Bewusstsein der Mehrheitsbevölkerung die nationale Identitätsbildung. Im Religiösen wurde ihnen häufig unehrliches und verräterisches Verhalten unterstellt. War in Kaiserreich und Weimarer Republik eine soziografisch gefasste Diskriminierung vorherrschend, so wurde daraus im Nationalsozialismus eine rassenhygienische Verfolgung und schließlich ein Völkermord mit dem Ergebnis der Vernichtung von über 500.000 Sinti und Roma. In der über Generationen reichenden Tradition der Ausgrenzung wurde nach Kriegsende die Anerkennung der Verfolgung lange verwehrt und Diskriminierungen fortgesetzt. Handlungsleitend blieb das aus der Aufklärung resultierende Bild der „Sesshaftmachung“. So wurden nach 1945 beispielsweise keine Entschädigungen gezahlt mit der Argumentation, dass es sich nicht um eine rassistische sondern eine strafrechtliche Maßnahme gehandelt habe; zuständig für die Verfolgung waren im Nationalsozialismus vor allem die Kriminalpolizei, die sie als „Asoziale“ oder „Arbeitscheue“ klassifizierte. Eine breite öffentliche Aufarbeitung der Verfolgung und Vernichtung hat de facto bis heute nicht stattgefunden.

ANTIRASSISTISCHE INITIATIVE MÜNSTER

* Der Begriff „Zigeuner“ stellt eine Fremdbezeichnung dar, die meist von den betroffenen Menschen als verletzend und diskriminierend wahrgenommen wird. Wir benutzen im Text dennoch das Wort aufgrund der leichten Verständlichkeit. Die Bezeichnung „Sinti und Roma“ kann keine Alternative bilden, da hiermit eine kulturelle Identität beschrieben wird, die nicht deckungsgleich mit der rassistischen Zuordnung ist.

ANTIMUSLIMISCHER RASSISMUS

Kurz zum Begriff „antimuslimischer Rassismus“: Er scheint uns zwei wesentlichen Punkte prägnant darzustellen. Zum einen bezieht sich anti-muslimisch konkret auf die einzelnen Muslime/Muslima, die diskriminiert werden und gerade nicht auf die Religion Islam, wie andere Begriffe wie Islamophobie oder Islamfeindlichkeit. Denn mit Religion ist eine freie Gesellschaft nicht machbar. Wir wollen uns daher nicht mit einer Religion solidarisieren, sondern viel mehr mit den Menschen, die auf Grund ihrer tatsächlichen oder vermeintlichen Religionszugehörigkeit diskriminiert werden. Eine Kritik des Islam, wie auch des Christentums ist notwendig und wichtig.

Wir wählen den Begriff des Rassismus, um deutlich zu machen, dass es sich nicht um ein Vorurteil oder Ressentiment handelt. Der antimuslimische Rassismus knüpft an die Strategie der neuen Rechten an, völkisches Denken nicht mehr über einen biologischen Rassismus zu begründen, sondern einen kulturalistischen Rassismus hierfür zu nutzen. In dem Sinne, als dass die Kultur etwas ist, in welche ein Mensch hineingeboren würde und was für das gesamte spätere Leben prägend und vor allem unveränderbar sei. In ihren Konsequenzen unterscheiden sich beide Rassismen also nicht. Um diese Strategie der neuen Rechten zu entlarven und deutlich zu machen, um was es sich handelt, sprechen wir folglich von „antimuslimischen Rassismus“.

Wem nützt er?

Es stellt sich nun natürlich die Frage, welche Funktion der antimuslimische Rassismus in der offiziellen deutschen „Nie Wieder“-Gesellschaft ausfüllt. Zum einem nützt er einer autoritären Formirung der Gesellschaft: Durch ihn wird ein Szenario aufgebaut, in dem es möglich ist die Freiheit aller ein zu schränken und einige Personengruppen besonders zu drangsalieren. Gleichzeitig wird so kommuniziert, dass ein Großteil der Migrant_innen in Deutschland nicht gewollt ist. Ein Beispiel hierfür ist die Verordnung

des Innenministeriums Nordrhein-Westfalens vom 11. Juli 2007. Die Verordnung beinhaltet die standardisierte Befragung von Migrant_innen aus einer Reihe von Ländern mit einer muslimischen Mehrheitsgesellschaft. Die Migrant_innen werden unter einen kollektiven Verdacht des Terrorismus gestellt und im Zuge dessen wird auch vermengt, was sich eigentlich ausschließt. So wird die linke kurdische Arbeiter Partei PKK in einen Topf geschmissen mit dschihadistischen Gruppierungen. Terrorist_innen, die auf die Frage nach bisheriger terroristischer Gewalttätigkeit mit ja antworten, stellen nun aber nicht wirklich eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit da. Vielmehr wird dieser Fragebogen genutzt, um den Migrant_innen klar zu machen, als was sie hier gesehen werden: als potentielle Terrorist_innen. Es lässt sich also generell abweichendes Verhalten leichter sanktionieren, da dieses potentiell terroristisch ist. Auf der anderen Seite versucht die BRD aus dem Islam und dem Islamismus Kapital zu schlagen. Und zwar in doppelter Hinsicht: Nach Außen werden lukrative Geschäfte mit islamistischen Regimen wie dem Iran gemacht und mit deutscher Aufstandsbekämpfungstechnik und Gewehren an der Macht gehalten. Nach Innen wird der Islam als Ordnungsmacht zur Integration genutzt. Durch die Islamkonferenz sollen die muslimischen Commu-

nities in den kapitalistischen Alltag der BRD als Arbeitskräfte integriert werden, möglichst ohne Reibereien und somit dem Verlust von Gewinnen. Die Stellung der christlichen Kirche wird aber nicht gefährdet. Muslime dienen als Projektionsfläche für die Mehrheitsgesellschaft, die sich in erster Linie als homogen „deutsch“ begreift und nicht als zusammengesetzt aus verschiedensten Interessengruppen. Diese kann sich so reinwaschen von ihren eigenen Diskriminierungen. Schließlich seien ja „die Muslime/Muslima“ sexistisch, homophob und antisemitisch. Und da „die“ angeblich nicht zu „uns“ gehören, können „wir“ anscheinend auf keinen Fall sexistisch, homophob und antisemitisch sein. Dies lässt sich in allen drei Feldern wieder finden und sicherlich auch in einigen mehr. Diese drei Felder sollen aber kurz im folgenden skizziert werden. Im Diskurs um Ehrenmorde wird unsichtbar, dass 80% aller ermordeten Frauen in Deutschland von ihren Ex-Partnern oder deren Familienmitgliedern umgebracht wurden. In der Öffentlichkeit wird diese Gewalt als Struktur aber ausschließlich bei Muslimen als Ehrenmord sichtbar. Sind die Täter hingegen weiße deutsche Männer, werden sie als tragische Einzelfälle geführt. Dieselben patriarchalen Strukturen werden in der Mehrheitsgesellschaft also unter den Teppich gekehrt. Im Diskurs um die angebliche muslimische Homophobie wird unsichtbar gemacht, dass öffentliches homosexuelles Leben in Deutschland immer noch als Zumutung empfunden wird, bzw. sogar häufiger als mensch vermuten würde, die Andeutung von schwulem Sex als Gefährdung der Jugend eingestuft wird, wohingegen heterosexueller Sex omnipräsent ist. In der Auseinandersetzung der Deutschen mit ihrer faschistischen Vergangenheit dienen Muslime und Muslima der Abwehr deutscher Schuld und der Vergewisserung der eigenen politi-

schen Korrektheit. So werden Muslime/Muslima zu den wahren Antisemit_innen gemacht und die deutsche Vergangenheit wird weggewischt in einem Lippenbekenntnis zur Solidarität mit Israel, das sich aber vornehmlich um das Ansehen Deutschlands sorgt. Dieses Lippenbekenntnis kommt gleichzeitig auch ohne eine angemessene Entschädigung der ehemaligen jüdischen Zwangsarbeiter_innen aus. In diesem aufgeklärten Deutschland, das sich als nicht patriarchal, nicht rassistisch, nicht antisemitisch und nicht homophob darstellt, haben sich so manche Mechanismen lediglich verfeinert, die Diskreditierung, Abwertung und Statuszuweisung regeln.

**Nie wieder Deutschland!
Gegen jeden Rassismus!**

EMANZIPATORISCHEN ANTIFA MÜNSTER

Dieser Text ist in leicht veränderter Form als Redebeitrag zum 08. Mai 2011 gehalten worden.



Sebastian Friedrich (Hg.)
Rassismus in der Leistungsgesellschaft
Analysen und kritische Perspektiven zu den rassistischen Normalisierungsprozessen der „Sarrazindebatte“
farb. Broschur, 264 Seiten, 19,80 Euro
ISBN 978-3-942885-01-0
edition assemblage

Das mediale Ereignis der »Sarrazindebatte« führte zu einer breiten gesellschaftlichen Verschiebung nach rechts, enttabuisierte rassistisches Denken und verband in besonderer Weise Rassismus mit Elite- und Nützlichkeitsdenken. Dieses komplexe Ereignis wird in 15 Beiträgen mit unterschiedlichen theoretischen Perspektiven kritisch analysiert. Der Sammelband gibt Anstöße für den Alltag, die politische Praxis und die kritische wissenschaftliche Auseinandersetzung.

Mit Beiträgen von Moritz Altenried, Christoph Butterwegge, Sebastian Friedrich, Sabine Hess, Juliane Karakayali, Serhat Karakayali, Elke Kohlmann, Jörg Kronauer, Gabriel Kuhn, Jürgen Link, Charlotte Misselwitz, Marianne Pieper, Nora Rätzl, Hannah Schultes, Yasemin Shooman, Vassilis Tsianos und Regina Wamper.

Sebastian Friedrich lebt größtenteils in Berlin-Neukölln und ist Redakteur von kritisch-lesen.de, freier Mitarbeiter der Opferberatungsstelle ReachOut Berlin, Mitglied des AK Rechts und der Diskurswerkstatt des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung (DISS) und aktiv im Netzwerk der edition assemblage in Münster.

edition-assemblage.de



DIE SOWJETISCHE VARIANTE DES MARXISMUS

Versuch einer Kritik

Vergleicht man die heutigen gesellschaftlichen Verhältnisse mit jenen, die Karl Marx 1867 in seinem theoretischen Hauptwerk „Das Kapital“ beschrieb, stehen wir heute immer noch vor einer ähnlichen Situation. Die Mehrwertproduktion ist immer noch Primat des gesellschaftlichen Lebens. Die Menschen müssen weiterhin ihre Arbeitskraft zu Markte tragen, oder sie müssen den Prozess des Kapitals organisieren. Im Blick auf das letzte Jahrhundert, indem es revolutionäre Bewegungen zu Hauf gab, stellt sich die Frage aus welchem Grund diese sämtlich scheiterten.

gen, sowie mit der historischen Gestalt des ersten ‚Paradieses der Arbeiter und Bauern‘.

Zwischen Marx und Lenin

Karl Marx und Friedrich Engels standen im regen Kontakt mit den sich zu ihren Lebzeiten gründenden sozialdemokratischen Parteien und nahmen vielfach die Position der ideologischen Ratgeber ein. Am größten war ihr Einfluss auf die deutsche Sozialdemokratie. Nachdem die Auswüchse des schnellen Industrialisierungsprozesses abgemildert waren und es nicht mehr um die Organisation des nackten Überlebens ging, bildete sich eine spezifische Arbeiter*innenkultur in Abgrenzung zum Bürgertum heraus. Dabei entstand gleichzeitig ein Bedürfnis nach Weltanschauung: Einer Ideologie, die in allen Lebenslagen Rat bot und mit der man sich gegen die bürgerliche Kultur abgrenzen konnte. Engels folgte diesem Bedürfnis mit seiner Schrift „Anti-Dühring“, indem er versuchte den Sozialismus auf eine wissenschaftliche Stufe zu heben. Nach dem Tode Marx veröffentlichte er die „Thesen über Feuerbach“ und gab diese als eine der wichtigsten Schriften von Marx aus, obwohl dieser zu Lebzeiten nicht einmal Bezug darauf nahm. Das Kapital hingegen fand in der Sozialdemokratie kaum Beachtung. Die Geschichte wurde gemäß der Propagandaschrift für die 1848er

Revolution – dem „Manifest der Kommunistischen Partei“ – als Geschichte von Klassenkämpfen verstanden. Die Verflachung des Marxschen Denkens im sich entwickelnden Marxismus zeichnete sich im wesentlichen aus durch einen rigiden Ökonomismus, der Ideologie und Politik auf eine unmittelbare und bewusste Übersetzung von ökonomischen Interessen reduzierte, und einem Geschichts determinismus, wobei das Ende des Kapitalismus und die proletarische Revolution als naturnotwendige Ereignisse angesehen wurden. Das Proletariat wurde umgedeutet zum revolutionären Subjekt, zum Motor der Geschichte. Da nach Ansicht des Marxismus in der bürgerlichen Gesellschaft die Verhältnisse offen zu Tage liegen würden und nicht mehr durch religiösen Spuk verschleiert seien, fiel es den ‚geknechteten‘ Arbeiter*innen leicht, ihr Joch zu erkennen und die Tyrannei der ‚verächtlichen‘ Bourgeoisie abzuschütteln. Dabei wurden verschiedene Versatzstücke der Marxschen Schriften kombiniert und zu einer formelhaften und schematischen Welterklärung zusammengefügt. Mit Marx Kritik der politischen Ökonomie hatte dies nichts mehr zu tun. Die Totalität der gesellschaftlichen Verhältnisse, die sich in der Verdinglichung gesellschaftlicher Prozesse zeigt, wurde nicht erkannt. Dass eben alle Menschen und Klassen von dieser durchdrungen sind, wurde

beiseitegeschoben und ersetzt durch ein manichäisches Weltbild. Das Feindbild des ‚raffgierigen Kapitalisten‘ sollte Identität herstellen und Orientierung in einer komplexen Welt bieten. Durch diese Personalisierung geradezu apersonaler Verhältnisse wurde die eigene Verstrickung in die Reproduktion des Bestehenden ausgeblendet. Da eben gerade auch die Arbeiter*innen die gesellschaftliche Gemachtheit wahrenproduzierender Verhältnisse nicht ohne weiteres erkennen können, zeigt sich die Fragwürdigkeit der Konstruktion eines revolutionären Subjekts. Zudem warfen die Marxist*innen zwei grundsätzlich verschiedene Klassenbegriffe in eins. Bei den von Marx im Kapital beschriebenen Klassen handelt es sich um strukturelle, die den idealen Durchschnitt der Verhältnisse repräsentieren. Es handelt sich also um eine analytische Kategorie, die Zugehörigkeit bestimmt sich über die Stellung im Produktionsprozess. Bei dem modernen Industrieproletariat handelte es sich hingegen um eine historische Klasse. Diese Klasse konstruierte sich über die eigene Identitätsbildung. Der aus ihrer ökonomischen Position heraus entspringende Klassenkampf stellt zunächst keine revolutionäre Aufrührbewegung dar. Klassenkämpfe bilden vielmehr die normale Bewegungsform von Bourgeoisie und Proletariat. Die Forderungen der Arbeiterschaft blieben dementsprechend auch in der Regel im Rahmen des verdinglichenden Bewusstseins und erschöpften sich in Forderungen nach ‚gerechten‘ Löhnen und geringeren Arbeitszeiten. In der Fokussierung auf Klassenkämpfe wird die Marxsche Kritik geradezu ihrer Sprengkraft beraubt, da Marx zeigen wollte, dass es innerhalb von kapitalistischen Verhältnissen auch unabhängig von Klassenkämpfen immanente Krisentendenzen gibt. Da aus verständlichen Gründen das Proletariat nur selten der Imagination der Marxist*innen entsprach, sollte dieses in der Regel



von der Partei der Arbeiterklasse zum revolutionären Bewusstsein geleitet werden. Innerhalb Westeuropas und Nordamerikas vollzog sich dann eine Entwicklung, die sich aus den inneren Widersprüchen der Ideologie ableitete und eine zunehmende Einrichtung innerhalb der Verhältnisse bewirkte. Der Wunsch zur Überwindung der kapitalistischen Verhältnisse wurde zusehends aufgegeben.

Ideologische Grundlage der Mordkampagnen

Nach dem Ende des Zarenregimes vollzog sich in Russland eine gänzlich andere Entwicklung. Auf der marxistischen Ideologie aufbauend, kam es infolge der Revolution zum Massenterror gegen durch die ideologisch bestimmten feindlichen Kollektive. Diese Entwicklung lässt sich nicht ohne das Denken und Wirken Wladimir Iljitsch Lenins erklären. Dass er im Denken des Marxismus verwurzelt war, zeigt er 1913 anschaulich: „Die Lehre von Marx ist allmächtig, weil sie wahr ist. Sie ist in sich geschlossen und harmonisch, sie gibt den Menschen eine einheitliche Weltanschauung.“ Da die marxistische Orthodoxie jedoch ausschließlich eine Revolution in den Zentren der kapitalistischen Produktion für möglich ansah, passte er seine Theorie den Verhältnissen in Russland

an. Dabei begriff er die aktuelle Phase des Kapitalismus als Imperialismus. Dies formulierte er 1917 in der Schrift „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“. Die Bourgeoisie hätte sich von der freien Konkurrenz entfernt und diese durch Monopole ersetzt. Die Banken hätten dabei eine Finanzoligarchie mit einem dichten Netz von Abhängigkeitsverhältnissen über ausnahmslos alle ökonomischen und politischen Institutionen der modernen bürgerlichen Gesellschaft geschaffen. Gleichzeitig sei der moderne Staat ein „Wucherstaat“: Der Imperialismus hätte eine Gruppe von Menschen geschaffen, „deren Beruf der Müßiggang“ sei, da sie sich von der Produktion entfernt hätten und auf Kosten der ‚unterdrückten Völker‘ ‚schmarotzen‘ würden. Lenin schreibt explizit vom ‚parasitären‘ Charakter des modernen Kapitalismus. Ein Teil des Proletariats sieht er hier als zum Imperialismus übergelaufen an, wobei ihre Motivation jedoch nicht aus eigenem Antrieb kommen soll, sondern daher dass ihre ‚Führer‘ von den Monopolkapitalist*innen gekauft seien. Von der Verdinglichung der Verhältnisse hatte sich Lenin demgemäß nie einen Begriff gemacht. Dass es sich beim Imperialismus, um ein reales Phänomen gehandelt hat, welches in seiner rassistischen Dimension nicht gelegnet werden soll,

kann nicht darüber hinweg täuschen, dass mit Lenins Imperialismusbegriff eine weitere Vereinfachung gesellschaftlicher Komplexität stattfindet. Durch die Verschärfung des bereits im Marxismus angelegten Manichäismus wird der verschwörungsideologischen Deutung der Welt Tür und Tor geöffnet. Der immer wieder in der marxistisch-leninistischen Bewegung auftauchende Antisemitismus findet darin seine ideologische Grundlage. Besonders hervor sticht auch Lenins angewandeter Arbeitsethos. Als besonders perfide gilt ihm, dass die von ihm ausgemachten ‚Herrscher der Welt‘ im Gegensatz zum ‚alten Kapitalisten‘, der den Produktionsprozess noch selbst organisierte, kein persönliches Verhältnis mehr zur Arbeit hätten. Auch an dieser Stelle ist eine Parallele zum Antisemitismus zu sehen. Die Folgen des leninschen Denkens sind insofern absehbar, da er an anderer Stelle den „Krieg gegen die Bourgeoisie“ forderte und die Machbarkeit befreiter Verhältnisse für ihn eine Frage der Gewalt darstellte.

Die Bolschewiki im Bürgerkrieg

Lenin führte nach dem Putsch 1917 die Bolschewiki, eine Abspaltung der russischen Sozialdemokratie, in den Bürgerkrieg. Der entfesselte Terror ist dabei auf verschiedenen Ebenen zu betrachten. Zum einen fand im Bürgerkrieg eine allgemeine Verrohung statt, Terror wurde von allen Bürgerkriegsparteien ausgeübt. Zum andern sahen sich die Revolutionäre einer realen Bedrohung durch Anhänger des alten Regimes gegenüber. Gleichzeitig kämpften die Bolschewiki aber auch gegen einen imaginären Feind. Das von Lenin entworfene Bild der Bourgeoisie entsprach keineswegs der Realität. Die Menschen, die dem Terror zum Opfer fielen, wurden vielmehr in diese Kategorien gepresst. Tatsächlich richtete sich das Morden gegen wohlhabende und intellektuelle Schichten im Allge-

meinen. Dies belegt Alexander Sinowjew, der zum inneren Führungskreis gehörte, indem er die „Vernichtung“ von 10 Millionen Menschen forderte. Die Tscheka, die 1917 gegründete Geheimpolizei der Bolschewiki, strebte „die Vernichtung der Bourgeoisie als Klasse“ an und machte nicht die Schuld der Angeklagten vor den Revolutionstribunalen zum Gegenstand des Verfahrens, sondern deren Herkunft, Bildung und Beruf. Lenin selbst trieb die Tscheka zu ihren Mordaktionen an. Er unterzeichnete persönlich die Todesliste für die Erschießung von 790 Menschen in Moskau Ende 1918. Desweiteren richtete sich der Terror auch gegen andere Opfergruppen, wie beispielsweise den als rückständig wahrgenommenen Bauern oder streikenden Arbeiter*innen. Die intellektuellen Revolutionäre der ersten Stunde indes blieben schlussendlich Schreibtischtäter. Für sie war der Terror eine abstrakte Größe, ein Mittel um den zwangsläufig auf ein bestimmtes Ziel zulaufenden Klassenkampf zu beschleunigen. An die Macht gebracht hatten sie nun hingegen Menschen, die ein ganz anderes Verhältnis zur Gewalt hatten. Die Ausschaltung der Mitstreiter Lenins erfolgte dann auch nur wenige Jahre nach dessen Tod. So musste Trotzki fliehen und wurde schließlich im Exil ermordet. Sinowjew fiel wie viele weitere Revolutionäre dem ‚Großen Terror‘ zum Opfer.

Stalinismus

Nach dem Ende des Bürgerkrieges normalisierten sich in der Zeit der Neuen Ökonomischen Politik zunächst die Verhältnisse. Diese kurze Zeit der Stabilität stellte aus Sicht der Bolschewiki jedoch nur eine Übergangszeit dar. Die Exzesse des Stalinismus waren von Anfang an in der sowjetischen Gesellschaft angelegt. Durch die Entfesselung des Terrors im Bürgerkrieg kamen zunehmend Menschen zur Macht, die ein direktes Verhältnis zur

Gewalt hatten und die sich Erfolg auch nur in derartigen Kategorien vorstellen konnten. Nachdem die Hoffnung auf Revolutionen in den Ländern mit einem entwickelten Kapitalismus nach und nach ausblieb, setzte sich die von Stalin vorangetriebene Haltung des Aufbaus des ‚Sozialismus in einem Land‘ durch. Gleichzeitig kam es zu einem Aufstieg des Nationalismus. Bereits Lenin, der nun zum Säulenheiligen erklärt und dessen Lehren mit der ihm widersprechenden Kritik von Marx zu einem einheitlichen System zusammengepresst wurde, hatte die ‚Völker‘ als revolutionäre Kategorie ausgemacht. So wundert es nicht, dass die III. Internationale zum revolutionären Subjekt aus dem Kommunistischen Manifest noch das der ‚unterdrückten Völker‘ hinzufügte. Die Aufgabe der Arbeiter*innen bestand nun darin das ‚Vaterland der Werktätigen‘ zu verteidigen. Das gesellschaftliche Leben wurde zunehmend durch eine Form der Massenparanoia bestimmt. Die Sowjetbürger*innen – und allen voran Stalin – sahen sich umringt von ‚Spionen und Konterrevolutionären‘. In einer Welle von Schauprozessen wurden 1937 die Partei und die gesellschaftlichen Eliten dezimiert. Bei den durch Folter erpressten Geständnissen wurde den Opfern noch eingeredet, sie würden damit den letzten Dienst an der Revolution leisten. Wer nicht direkt erschossen wurde, wurde in die Todeslager des Gulag (Hauptverwaltung der Besserungsarbeitslager) verbracht. So fanden sich Millionen von Menschen in den entlegensten Gebieten der Sowjetunion wieder, der Zwangsarbeit und der Willkür ihrer Wächter*innen ausgesetzt. Mit der Erklärung der Russ*innen, zum Staatsvolk setzte eine zunehmende Marginalisierung der ethnischen Minderheiten ein. Die rassistische Dimension der stalinistischen Politik zeigt sich exemplarisch an der von Stalin angeordneten Deportation der Rus-

slanddeutschen, Tschetschen*innen, Ingusch*innen und Krimtatar*innen und der Auflösung ihrer autonomen Sowjetrepubliken während des Zweiten Weltkrieges. Sie wurden in Viehwaggons nach Mittelasien in Zwangsarbeitslager verbracht. Legitimiert wurde dies damit, dass sie unter kollektiven Kollaborationsverdacht mit den Deutschen gestellt wurden. Dabei ging es nicht um das Auffinden von Schuldigen, sondern um die Abstrafung und restlose Marginalisierung ganzer Ethnien. Gegen Ende von Stalins Leben richtete sich der Terror nun gegen Jüdinnen*Juden. Gemäß antisemitischer Stereotype wurden sie als ‚wurzellose Kosmopoliten‘ konstruiert und aufgrund ihrer imaginierten Herkunftslosigkeit der sowjetischen Nation entgegengestellt. Tausende wurden in Schauprozessen zum Tode oder zur Zwangsarbeit verurteilt. Eine Deportation der gesamten jüdischen Bevölkerung an den Amur wurde vermutlich nur durch den unerwarteten Tod Stalins verhindert. Das System Gulag wurde nun nach und nach weitestgehend aufgelöst. Dennoch richtete sich die Terrormaschinerie weiterhin in vollem Ausmaß gegen die sich ab den 60ern formierende Dissident*innenbewegung.

und weiter

Die Geschichte des marxistisch-leninistischen Terrors endete selbstverständlich nicht 1953. In vielen Teilen der Welt wurden weiterhin ähnliche Mordregime etabliert und die deutsche Linke, der die Verhältnisse geradezu weggelaufen waren, befand sich seitdem auf der Suche nach immer neuen ‚Stalinismen‘ um sich die bereits erlittene Niederlage in Westeuropa nicht eingestehen zu müssen. Erst nachdem mit der UdSSR das Bollwerk gegen die Emanzipation 1991 zusammengebrochen war, bestand wieder die Möglichkeit die Zumutungen der modernen Welt an-

zuklagen und für die Notwendigkeit einer Gesellschaftsform zu streiten, in der jede*r nach ihren*seinen Bedürfnissen frei von Angst leben kann. Dazu gehört die Erkenntnis, dass die historische Niederlage der Linken aus ihrer Ideologie resultiert und eben nicht aus der Stärke der ‚Konterrevolution‘. Bezeichnender Weise bleibt die Aufarbeitung der Abzweigungen der eigenen Ideengeschichte jedoch bis heute weitestgehend aus und es werden weiterhin Zweckbündnisse mit Gruppierungen eingegangen, die ungebrochen in der Tradition des oben skizzierten Mordregimes stehen. Genauso wenig ist die Gefahr einer regressiven Revolte durch das Ende der ‚sozialistischen‘ Staaten gebannt worden. Es existieren weiterhin Versatzstücke des Marxismus-Leninismus in der Gesellschaft und vor allem in der Linken. Antiimperialistische Weltbilder sind genauso wie eine personalisierte Kapitalismuskritik, die die „Macht“ der Banken brechen möchte, Erben des Marxismus-Leninismus. Für die an der Emanzipation der Menschheit Interessierten stellt es deshalb geradezu eine Notwendigkeit dar, sich mit der eigenen Geschichte zu beschäftigen, um in Zukunft wirklich für die befreite Gesellschaft streiten zu können.

GRUPPE ET2C

Zur weiteren Auseinandersetzung mit dem Thema dieses Artikels ist auf folgende Veranstaltung am 16./17.März 2012 im Club Courage hingewiesen: Aspekte und Probleme linker Bolschewismuskritik Vortrag und Tagesseminar mit Hendrik Wallat

Ankündigungstext und weitere Informationen unter:

<http://et2c.wordpress.com>



Bini Adamczak

gestern morgen

Über die Einsamkeit kommunistischer Gespenster und die Rekonstruktion der Zukunft
160 Seiten, 12 Euro | ISBN 978-3-942885-08-9

“Der Essay ‚Gestern Morgen‘ von Bini Adamczak, der zu dem intelligentesten und sprachlich eindringlichsten gehört, was die radikale Linke seit Jahren produziert hat, geht dem Scheitern, dem Traum und den Traumata des roten Oktober auf den Grund, indem, den Faden von hinten aufnehmend, der imaginäre Ur-Sprung des Scheiterns der kommunistischen Emanzipation eruiert wird.”
Hendrik Wallat: Kommunistische Trauerarbeit. rote-ruhr-uni.



Hendrik Wallat

Staat oder Revolution

Aspekte und Probleme linker Bolschewismuskritik
ISBN 978-3-942885-17-1

Der Bolschewismus ist der Inbegriff des Scheiterns kommunistischer Emanzipation. Entgegen des Verständnis des Bolschewismus als „revolutionär“ lässt sich zeigen, dass es von Anfang an hellsichtige Kritik von Links am bolschewistischen ‚Befreiungsmodell‘ gab.

edition-assemblage.de



ZU VIEL ÄRGER – ZU WENIG WUT!

Zwei Schritte vor und drei zurück – das Scheitern städtischer Privatisierung als Konfliktregulationsmodell

Privatisierungen treiben die Durchsetzung kapitalistischer Verwertungsprinzipien voran und verschärfen gesellschaftliche Ungerechtigkeiten. Sie dienen der Aushebelung einer kritischen Öffentlichkeit durch eine Verschiebung der Auseinandersetzung aus dem Bereich des Öffentlich-Politischen in die entpolitisierte Sphäre des privaten Eigentums, die heilige Kuh der bürgerlichen Gesellschaft.

Radikale Opposition statt Vereinnahmung!

Stadt und Politik sind für uns keine Partnerinnen, mit denen es etwas auszuhandeln gäbe, sondern die Verantwortlichen für eine Politik von Standortdenken und Marktradikalität auf der einen, von Ausgrenzung, Vertreibung und Repression auf der anderen Seite. Unsere Vorstellung von Stadt, von Teilhabe und Anwesenheit auf den Straßen, Grundversorgung und gesellschaftlicher Veränderung unterscheidet sich radikal von denen der etablierten Politik. Wir verweigern uns einer Logik der Standortinteressen, die das Soziale dem Ökonomischen unterordnet und auf Widerstände mit einer Zunahme von Repression und Mitwirkungspflichten reagiert.

Das Unternehmen Stadt zu Fall bringen!

Gleichzeitig begreifen wir uns politisch weiterhin im Konfliktfeld mit der Stadt, da wir Privatisierungen als

Variante von Konfliktregulierung und gesellschaftlicher Steuerung generell ablehnen. Der Verkauf öffentlicher Institutionen, Gebäude und Grundstücke dient in erster Linie der Deregulierung von Arbeits- und Lebensverhältnissen sowie der Ausweitung von Kontrolle und Repression unter dem Feigenblatt des Schutzes von Privateigentum. In der Auseinandersetzung um das Recht auf Stadt und die Frage der Aneignung des öffentlichen Raumes werden wir auch in Zukunft weder den ökonomischen Standortinteressen der Stadt noch denen anderer Investor_innen nachgeben oder sonst wie Kreide fressen.

Eine Stadt ist (k)eine Marke!

Mag ja sein, dass Investor_innen und Stadt gerne hätten, dass sich in Münster die Uhren anders drehen und nun das gesamte Stadtzentrum zur gleichgeschalteten Konsummeile durchstrukturiert wird. Zu einem Ort,

an dem noch mehr Freizeitindustrie angesiedelt und die Marke Münster aufgeblasen wird, bis sie vor Überheblichkeit platzt. Doch diese Entwicklung findet nicht ohne Widerstände statt. Hausbesetzungen gegen die Vertreibungen einkommensschwacher Mieter_innen in der Grevener Straße, der Widerstand gegen den „Neuen Hafen“ mit Einkaufszentrum und exklusivem Wohnen, der Kampf der Bewohner_innen in der Nieberdingstraße, die einem Stadionneubau weichen sollen, die Besetzungen für ein selbstverwaltetes Soziales Zentrum, die Proteste gegen das „Geradebügeln“ aller unkontrollierten und „subversiven“ Einrichtungen und Institutionen mittels Bullen und Ordnungsmittel (Flohmarkt, Sperrmüll, Infocafé Versetzt, Bettler_innen,...) oder die Bildungsstreikdemos um nur einige Felder zu nennen. Sie alle markieren politische Konflikte zwischen Stadt und Bewohner_innen, die sich weiterdrehen werden.



Für das Recht auf Stadt!

Dabei wird sich die hier grundsätzliche Frage nach einem Recht auf Stadt nicht im Rahmen von Runden Tischen oder durch Verfahren mit Bürgerbeteiligung beantworten lassen. Die städtischen Partizipationsangebote sind darauf gerichtet, den neoliberalen Umbau der Stadt zu optimieren und Zustimmung zu erzeugen. Sie suggerieren demokratische Mitbestimmung, die es in Wirklichkeit aufgrund der Rah-

menbedingungen überhaupt nicht gibt und die auch gar nicht angestrebt wird. Ist das Ergebnis solcher Regulationsprozesse aus Sicht des Stadtrates und der Verwaltung positiv, dient es der Durchsetzung umstrittener Entscheidungen, ist es negativ, wird es eben übergangen. Alternativen zu der Ungerechtigkeit des Kapitalismus gibt es stattdessen nur außerhalb bestehender Sachzwang-Diskussionen und weichgeklopfter Symptomfrickelei. Die selbstbestimmte politische und kulturelle Praxis eines Projektes „Soziales Zentrum für Münster“ ist eine der vielen möglichen Antworten, an dieser „Systemlogik“ zu kratzen. Denn mit einem autonomen „Sozialen Zentrum“ geht es uns nicht um die Schaffung oder den Erhalt von Nischen. Auch nicht darum, bestehende Konflikte zu befrieden, indem die allerschlimmsten Auswüchse ein wenig abgemildert werden, sondern ums Ganze. Protestformen wie Hausbesetzungen sind kein Anachronismus, sondern auf der Höhe der Zeit. Dies hat zuletzt die Besetzung des Q8 am Mittelhafen oder das Freiraum-Wochenende in der Gebrüder-Grimm-Schule gezeigt. Wir wünschen den Aktivistinnen beim Kampf für das „Soziale Zentrum Münster“ viel Erfolg bei zukünftigen Aktionen und Besetzungen und verstehen uns als Teil dieser Kämpfe. Die Auseinandersetzungen, die mit der Privatisierung und Gentrifizierung in Zeiten der größten Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit einhergehen und zu Recht befürchtet werden, sind längst im Gange, lodern auf und tauchen wieder ab, um an anderen Stellen wieder sichtbar zu werden. Es geht dabei aus linksradikaler Perspektive nicht um einzelne Projekte oder Interessen, sondern um das kollektive Infrage stellen der herrschenden Werte, Normen und Besitzverhältnisse. Es geht darum, ein anderes Leben denk- und vorstellbar zu machen, Orientierungspunkte und Aussichtstürme zu besetzen, die radi-



kale Kritik am Bestehenden und den Blick auf andere solidarische, kollektive (NICHT nationalistische!) und selbstverwaltete Verhältnisse möglich zu machen.

Wir werden weiterhin ein Störfaktor im kapitalistischen Normalbetrieb sein. Werden Orte der Intervention, des Aufruhrs und der Unruhe schaffen, besetzen und nutzen, rauschende Ballnächte feiern und das Leben auf uns regnen lassen.

ORGANISIERT DEN LOKALEN WIDERSTAND UND WERDET TEIL GLOBALER UND SOZIALER BEWEGUNGEN!

FÜR DEN STÄDTISCHEN FLÄCHENBRAND UM DAS RECHT AUF STADT UND EIN SOZIALES ZENTRUM IN MÜNSTER!

KONTAKT: | FREIRAUMTREFFEN MÜNSTER | JEDEN 1. MITTWOCH I. M. AB 20 UHR | IM „KRACHTZ“ | NIEBERDINGSTR. 8 | 48155 MÜNSTER |

Infos zum Sozialen Zentrum:

www.besetzt.de.ms

ADRESSEN UND TERMINE

MÜNSTER:

Münster Alternativ - linkes Info- und Terminportal

<http://www.muenster.org/alternativ/>

LÄDEN:

Club Courage - Vorträge, Parties, Kickturniere und jeden Donnerstag Bar Antifascista

<http://www.muenster.org/sternstrasse/>

Interkulturelles Zentrum Don Quijote - Infoladen, Kaffee- und Zeitschriften, jeden Mittwoch Kneipe und Vokü, jeden zweiten Samstag Interkultureller Feierabend

<http://www.donquijote.de/ms/>

krachtz - Linker Infoladen am Nieberding - Vorträge, Filmabende und jeden Freitag ab 20 Uhr Kneipe und Kicker

<http://krachtz.blogspot.eu/> -

GRUPPEN:

edition assemblage - linkes Verlags- und Publikationsnetzwerk

<http://www.edition-assemblage.de/>

et2c - Für Kritik und Progression

<https://et2c.wordpress.com/>

Fairdruck Druckereikollektiv

<http://www.fairdruckt.de/>

Freirauminitiative - Für ein soziales Zentrum in Münster

<http://besetzt.de.ms/>

Freie Arbeiterinnen - und Arbeiter-Union Münsterland

<http://www.fau-muensterland.de/>

Gegen 1000 Kreuze - Bündnis gegen den jährlichen Aufmarsch christlicher Rechter

<http://gegen1000kreuze.blogspot.de/>

Grenzfrei Münster - selbst bestimmt, frei bewegt. Antirassistische Gruppe Münster

<http://www.grenzfrei-festival.org>

Gruppe B.A.S.T.A. - Solidaritätsarbeit für die Zapatistas und darüber hinaus

<http://www.gruppe-basta.de/>

Kritische JuristInnen Münster - Jura-Student_innenvernetzung und Veranstaltungen

<http://www.kritische.de.ms/>

Ladyfest Gruppe - queerfeministische Vernetzung in Münster

<http://ladyfestms.blogspot.de/>

Schwarz-Rote Hilfe - Information und Beratung gegen Repression

<http://schwarzrotehilfe.blogspot.de/>

ANTIFA:

Antifa Ahlen

<http://antifaahlen.blogspot.de/>

Antifaschistische Aktion Hamm

<http://aah.noblogs.org/>

Antifa Linke Münster (ALM)

<http://antifalinkemuenster.blogspot.de/>

Antifaschistisches Netzwerk Kreis Warendorf

<http://netzwerkwf.blogspot.de/>

Antifaschistisches Netzwerk Münster- und Osnabrücker Land

<http://www.antifa-netzwerk.de>

Autonome Antifa Emsdetten

<http://antifaemsdetten.blogspot.de/>

Autonome Antifa Rheine

<http://antifarheine.blogspot.de/>

Emanzipatorische Antifa Münster (EAM)

<http://eams.blogspot.eu/>

VVN/BdA Münster - Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/ Bund der AntifaschistInnen

ONLINE:

Newsblog über die rechte Szene in NRW

NRW rechtsaußen - Die extreme Rechte in Nordrhein-Westfalen

<https://nrwrex.wordpress.com/>

apabiz - Antifaschistisches Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin e. V.

<http://www.apabiz.de/>

Projekt der Amadeu Antonio Stiftung mit täglicher Presseschau

<http://www.netz-gegen-nazis.de/>

Der Braune Mob e.V. - Germany's first Black media watchdog, founded in 2001. We provide education, information and tools to fight racism and supremacy

<http://www.derbraunemob.de/>

PAPIER:

AIB - Antifaschistisches Infoblatt

<http://aib.nadir.org/>

Der Rechte Rand - Das Magazin von und für AntifaschistInnen

<http://www.der-rechte-rand.de/>

Lotta - antifaschistische Zeitung aus NRW, Rheinland-Pfalz und Hessen

<http://projekte.free.de/lotta/>

Hinterland Magazin - Zeitschrift des Bayrischen Flüchtlingsrat

<http://www.hinterland-magazin.de/>

TERMINE:

02.03.2012 // 19:45 Uhr Hamm HBF

Keine Homezone für Nazis - ob in Parteien, freien Kräften oder am Stammtisch Antifaschistische Vorabenddemo in Hamm

03.03.2012 // 09:00 Uhr Bahnhof Zentrum Nord-Münster

Naziaufmarsch verhindern

10.03.2012 // 14:00 Uhr Aegidii-Kirchplatz

1000 Kreuze-Marsch stören

10.03.2012 // 19 Uhr Baracke Münster

Queerfeministisches Konzert mit anschließender Party gegen 1000 Kreuze und für den 08.März Scream Club + Godmother

16.-17.03.2012 // Courage Münster

Aspekte und Probleme linker Bolschewismustheorien et2c_Seminar

16. 03.2012 Unterstützer_innenarbeit bei sexistischen Übergriffen - EAM

17.03.2012 // 17:30 Uhr Dortmund Hbf

Wir können auch anders! Demo der Antifaschistischen Jugend Dortmund gegen Cops, Staat und Repression

24.03.2012 - 20 Uhr Krachtz Münster

Abrisse: innen- und außenansichten einsperrender institutionen. Buchvorstellung zum Thema Knäste mit dem Projekt bau_lücken krachtz - asta fh - edition assemblage

31.03.2012 - Dortmund

Antifaschistische Demonstration: Neonazis und deutsche Zustände bekämpfen!

Anfang April 2012 Stolberg

Naziaufmarsch blockieren

<http://blockieren.mobil/>